



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

65 (8.2.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332198](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332198)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

70 Pfennig monatlich.
Ergeben 25 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag R. 2.43 pro Quartal.
Einzelnummer 6 Bg.

Badische Neueste Nachrichten

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“

Telefon-Nummer:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.
Kurzdruck-Inserate . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gesellschaft und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 65.

Samstag, 8. Februar 1908.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst
12 Seiten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. Februar 1908.

Würzburger Theologieprofessoren gegen die Augsburger Postzeitung.

Vor dem Würzburger Schöffengericht kam gestern der Prozess der Theologieprofessoren Kiehl und Werke gegen die ultramontane Augsburgische Postzeitung zur Verhandlung. Wegen großen Andrangs fand die Verhandlung im Schwurgerichtssaal statt. Unter den 26 Zeugen sind viele Universitätsprofessoren und Geistliche, darunter Domkapitular Braun, die rechte Hand des Würzburger Bischofs Schloer, ferner Oberst Seydenreich-Nürnberg. Der bekannte Zentrumsmann Dr. Heim ist nicht erschienen, da er krankheitsbedingt in Italien weilte, auch der Landtag die Genehmigung zu seiner Vernehmung am Ort des Gerichts verweigert hat. Ein Schreibfehler hat es verschuldet, daß Universitätsprofessor Dr. Heim nicht zur Stelle war, weil die Ladung den Namen Sohn enthielt. Die Verhandlung dürfte auch den Samstag noch beanspruchen. Nach dem Zeugenaufruf erfolgte die Verlesung der beiden unter Anklage stehenden Artikel der Postzeitung und eines Artikels der Kölnischen Volkszeitung vom 30. Juli 1907 mit dem Titel: „Ein Wort zur Klärung und Beruhigung“, der die Unterlage eines Postzeitungsartikels bildete und scharf abgelehnt wurde. Als beleidigend sind hauptsächlich folgende Stellen der beiden Artikel in der Postzeitung aufgeführt worden: „Ist denn aber der Index tatsächlich eine so rückschrittliche Einrichtung, daß sich jeder halbwegs gebildete Katholik desselben schämen müßte? Man sollte denken, daß eine derart aus allen Nationen und den verschiedensten Ordensgemeinschaften zusammengesetzte wissenschaftliche Kommission auch einem deutschen Professor, wenn auch nicht imponieren, so doch einen Achtungserschütterer abbringen könnte. Freilich ist das schwer, denn ein bekanntes Diktum lautet: Ein Professor glaubt in der Regel an nichts, unter Umständen freilich an alles, unter keinen Umständen aber an seine eigene Inferiorität.“ In einem anderen Artikel der Augsburgischen Postzeitung, betitelt: „Zu dem Briefe Schells an Handwerker“ hieß es: „Auch der Beschwichtigungartikel der Köln. Volksztg.“ trifft in vielen Punkten daneben und nur Unkenntnis der süddeutschen Verhältnisse kann so die Dinge darstellen. Daß eine Verbindung zwischen den Kreisen, über welche jetzt die Köln. Volksztg.“ und die Germania ihren Scheiß halten, und der liberalen Presse besteht, ist ihr anscheinend unbekannt. Desgleichen die unter allen Masken sich bergende Verunglimpfung kirchlicher Personen und Einrichtungen. Glauben denn diese norddeutschen Blätter, die Bemühungen, die katholische Studentenschaft gegen die kirchliche Autorität aufzubrechen, können verständig und berechtigt wirken? Offenbar hat diese Autorität Kraft genug, einmal

ernstlich zuzugreifen und sich nicht mit halben und ganzen Zergerversationen, zu denen dann auch katholische Blätter, die sonst mit der tiefsten Verachtung bedacht werden, gut genug sind, weiter höhnen und äffen zu lassen. Die eigentlichen Quertreiber, welche mit ihren Intrigen in Bayern alle kirchlichen Kreise bis aufs Blut reizen, hat die Kölnische Volkszeitung wohlweislich eher zu- als aufzudecken sich bemüht. Auch die Unterschriften für das Schelldenkmal sind mit Verheimlichung der eigentlichen Tendenz zusammengebracht worden. Endlich ist doch herausgefunden, was man eigentlich wollte. Aber jetzt wird auch das tapfer geleugnet. Es sei nur die Idee einzelner gewesen. Gewiß einzelner! Aber eben der klugen Faisseure, die nun unsichtbar in der Bersehung verschwinden. Galt man denn mancherorts das Publikum für gar so dumm? Gewiß meinen wir niemanden, und die es gewesen sein könnten, dürfen vor Himmel und Erde beschwören, daß sie es nicht waren. Es ist auch hoffentlich allen klar geworden, daß sich in der Indexpetition eine geradezu beschämende Unkenntnis der Dinge ausdrückt, die man reformieren wollte, und daß die um Schell, wenn nicht er selbst, wie aus den Ausführungen der Petition ersichtlich, den Anschein erwecken oder bestehen lassen, daß der Autor gar nicht gehört und die beanstandeten Punkte ihm gar nicht mitgeteilt worden seien. Jetzt ist erwiesen, daß in doloser Weise dieser Anschein erweckt oder bestehen gelassen wurde. Was soll man zu Charakteren sagen, die mit diesen Mitteln die Kirche und ihre Institutionen ins Unrecht zu setzen suchen?“

In obigen Ausführungen wird ein fortgesetztes Vergehen der Beleidigung erblickt. Um 12 Uhr wurde die Verhandlung bis 3 Uhr ausgesetzt. Die Jugendvernehmung der Herren Regierungsrat Matt und des Schell behandelnden Arztes Dr. Billing gaben hochinteressante Einblicke in die Entwicklung der Schellfrage und das wenig erbauliche System der Schellgegner. Die Beweisaufnahme dreht sich fürs erste um die Frage, ob die Artikel der Postzeitung gegen Kiehl und Werke gerichtet waren. Die Zeugen bejahten dies; auch der angeklagte verantwortliche Redakteur Dr. Post hat bei der ersten Verhandlung am 20. Dezember 1907 aus Verwirrung das zugegeben, will es aber heute nicht wahr haben.

Zur Agitation der Frauenrechtlerinnen.

Den zweiten Senat des Oberverwaltungsgerichts beschäftigten am 1. Januar 1908 verschiedene Streitigkeiten, in denen es sich um die Frage handelte, ob Frauen Anspruch haben, in die Gemeindevorstände aufgenommen zu werden. Nach der Städteordnung erwirbt bei dem Vorhandensein gewisser Voraussetzungen jeder selbständige Preuze das Bürgerrecht, das in dem Recht zur Teilnahme an den Wahlen sowie in der Befähigung zur Übernahme unfestgesetzter Ämter in der Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung besteht. Der Gerichtshof hat jene Frage in Uebereinstimmung mit den Vorinstanzen verneint. Er nahm an, daß an sich der Ausdruck „selbständiger Preuze“ nicht hindere, unter ihn auch Frauen zu beziehen, da unsere Gesetzgebung vielfach vom männlichen Geschlecht spräche, wo offenbar von den einzelnen Bestimmungen auch das weibliche Geschlecht betroffen werden soll. Auf

Grund des Rechtszustandes, der vor der Städteordnung geherrscht hat, gelangte aber der Senat zu dem Ergebnis, daß sie nur Männer zum Stimmrecht in der Gemeinde habe zulassen wollen. Er betonte, wie diese Auffassung auch aus der Städteordnung selbst erhelle, wenn sie davon spreche, daß Vater und Sohn sowie Brüder nicht zugleich der Stadtverordnetenversammlung angehören dürften.

Zum Tode des Herzogs von Sachsen-Altenburg.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt zu dem Tode des Herzogs von Sachsen-Altenburg: Seit dem 3. August 1853, als er seinem Vater folgte, hat der heimgegangene, edle Fürst in seiner gesegneten Regierung fast 55 Jahre über die Geschichte der altenburgischen Lande gewaltet. Seine Teilnahme an dem Kriege 1870/71, seine verbienstvolle, von dem Kaiser hoch in Ehren gehaltene Mitarbeit um die Einigung Deutschlands und die vielfach belumdete Treue gegen den Reichsgedanken, sicherten diesem ehrwürdigen Herzog einen hervorragenden Platz im Kreise der deutschen Bundesfürsten und in den dankbaren Empfindungen der Nation. Die Brechung für seine Persönlichkeit und sein Wirken gab sich lebhaft kund, als er am 10. September 1906 die Feiertage seines 80. Geburtstages beging. Heute bereinigen sich an seiner Bahre die patriotisch gesinnten Deutschen aus allen Teilen des Reichs mit den altenburgischen Landeskindern in herzlicher Trauer.

Der Kaiser fand an den Herzog Ernst II. folgendes Telegramm: Tief schmerzlich berührt durch das Ableben Deines Oheims Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg spreche ich Dir mein herzlichstes Beileid aus. Ich und mein Haus verlerken in dem Dahingegangenen einen wahren aufrichtigen Freund, seine Landeskinde einen fürsorgenden Vater, das Reich einen treu erprobten Fürsten, der ein langes reichgezeichnetes Leben stets in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. In meiner tiefen Trauer um ihn fühle ich mich mit Dir eins. Ich weiß, daß Du seine Nachfolge in seinem Sinne antreten wirst und danke Dir von Herzen für die in Deinem Telegramm ausgesprochene Befinnung. Wilhelm.

Vom König von Sachsen ging folgendes Telegramm ein: „Ich spreche Dir und den Deinen mein aufrichtigstes und herzlichstes Beileid zum Ableben Deines von mir so hoch geschätzten und verehrten Onkels aus, der ein wahrer Vater seines Volkes war. Gott gebe Dir eine reich gesegnete und glückliche Regierungszeit. Friedrich August.“

Die Suspendio a divinis.

Die über Professor Dr. Joseph Schüller verhängt worden ist, untersagt ihm die Ausübung der priesterlichen Funktionen, also das Messlesen und die Spendung der Sakramente, aber nicht den Empfang der letzteren, wie in einigen Württembergern zu lesen steht. Da an einen Widerruf des unerträglichsten Mannes nicht zu denken ist, wird die Exkommunikation wohl nicht allzu lange auf sich warten lassen; aber voraussichtlich wird ihr ein kanonischer Prozess vorausgehen, der vor dem Münchener Ordinariat geführt werden dürfte. Die Correspondenza Romana polemisiert in gräßlichster Weise gegen Schüller. Im übrigen liegt der „Münch. Allgem. Ztg.“ eine Meldung vor,

Rellys Millionen.

Ein frühlicher Roman von Wilhelm Hegeleser.

(Nachdruck verboten.)

11) (Fortsetzung.)
Heut an diesem schwerwichtigen Winterabend waren all die frühlichen Stätten im Schnee begraben. Der Grovensteiner Apfelbaum war von dem weißen Pulver fast verdeckt. Die sonst so glitzernde Grundhülle Saale wälzte gurgelnd ihre schwarzen Klauen, und wo früher Bachsteine auf weißen Kieselsteinen getrippelt waren, lockten nun unheimliche Raben. Däben und dräben die Ufer aber, die geläuteten Wiesen, die wogenden Kornfelder lagen alle in einfarbigem Grau gehüllt, und alle Dunkelheit der Farben hatte die winterliche Blässe verliert.
Traurig blickte das junge Mädchen umher. Auch in ihrem Herzen hatten die Jahre des einsamsten Lebens über die frühliche, bunte Jugendzeit graue Schleier geweht. Aber darunter lebten doch immer noch die Erinnerungen. . . . Und als dann die Sonne unter den schweren Wolkenmassen hervordrang, mit einmal die ganze Landschaft in ahnungsvolle Glut tauchend: da schrie auch der leuchtende Mut wieder in Rellys leichtbewegliches Herz zurück. Dort, wo die Sonne schien mit heiterem Glanz, ging jetzt auch ihre Fahrt. Dort würde Frühling sein! Dort würde sie den alten Freund wiederfinden und die neue Frühlichkeit.

V.

Wo im Südosten der Gensetzer eine schmale Ausbuchtung bildet, und die folgen Alentien mit neuzugigen Eiskronen näherzusammentreten zu einer Schutzmauer gegen den Nordwind, liegt zwischen dem blauen Wasserpiegel und den stillen Wein-

bergen jenseit blühende Flecken Erde, das man Montreux nennt. Eigentlich ist es nur eine einzige lange, schmale Straße, deren eine Seite prächtige Palastbauten der Hotels und deren andere nicht minder prächtige Läden einfaßt. Diese Straße gleicht einem Stück des elegantesten Paris. Von den Damen, die hier promeneren, darf man getrost annehmen, daß sie dreimal täglich ihre Toilette wechseln. Von den Herren, deren Gesichter den Stempel obiger Vangewelle tragen, kann man nicht gewiß behaupten, daß sie sämtlich viel Geld haben, wohl aber, daß sie sämtlich viel ausgeben.

In dieser schmalen Straße rauscht die Seide, klumpert das Gold und gähnt die Beere des Daseins. Die glänzenden Schanzen sind mit tausenderlei Tönen gefüllt, die ebenso entsetzlich als teuer sind. Kurzum es ist eine Welt des Reichtums, des Luxus und des schönen Scheins.

Vor der prächtigen Eingangstür seines Hotels „Millefleurs“ stand Jean, der Oberkellner, und ließ sich die junge Februarsonne auf seinen kalten Kopf scheinen. Wenn man ihn so sah mit seinem ausdruckslosen, milden Gesicht, dem bartlosen, eingekollenen Mund, den halbgeschlossenen Augenlidern, so machte er den Eindruck eines Schlafenden. Aber in seinen Ohren: die wie enorme Schallströme vom Kopfe abstanden, hing sich jeder Ton des vielstimmig rumorenden Nachmittagsgetriebes.

Mit dem linken Ohr vernahm er ganz genau, was hinter ihm der Vitzjunge und der Piccolo im Treppenhause miteinander flüsterter. Der Vitzjunge sollte der Josephine, dem Zimmermädchen im vierten Stock, einen Liebesbrief vom Piccolo auslösenden, und dieser sollte ihm zum Lohn dafür eine Postkarte schicken.

Sein anderes Ohr aber wandte Jean einem englischen Bedienten zu, das auf dem Treppenhause gegenüber dem Hotel stand. Der Herr hatte sein Reisehandbuch herausgehoben und las daraus vor: „Millefleurs, Haus ersten Ranges, köstlichste Gesellschaft,

schaff, Zimmer von vier Franken an, Pension neun bis fünfzehn Franken. . . High price.“ sagte er lakonisch zu seiner Gattin, und die beiden wanderten im Gedränge weiter.

Nach hatten diese den Rücken gelehrt, da drehte auch Jean sich um, sprang auf die nichtabnehmenden Tritten los, packte den kleinen grünen beim Halskragen, den wispigen bei den Hochschößen und schlug ihre Köpfe zusammen, daß sie wie zwei Zinken brüllten.

„Ich werde Euch helfen, Paketen stehlen, Ihr Polikons!“

schrie er. „Das Leder wird man Euch verschleien, Euch freßfressen.“ In diesem Augenblick trat ein verspäteter Gast aus dem Speisesaal, und die drei standen plötzlich da, als sei nichts geschehen. Der grüne Junge hielt dienstfertig die Hand am Liftseil, der Piccolo schlich sich mit seiner Serviette unterm Arm davon, und Jean hatte wieder die müde, ausdruckslose Miene eines Menschen angenommen, der nichts sieht, nichts hört und von nichts weiß.

Dann trat er auf die Freitreppe, um von neuem das Weltgetriebe in seinen großen Schalltrichter aufzufangen.

Der Hotel-Dunibus rasselte gerade heran. Obendrauf die großen Koffer machten keinen schlechten Eindruck und ließen auf ganz respektable Nummern schließen. Als aber die Insassen ausstiegen, war Jean ziemlich enttäuscht.

„Deutsche alte Dame mit Bedienung.“

Doch sein Signalement stimmte nicht ganz. Die beiden Reisenden waren Relly von Nacht und Fräulein Belsche.

Tante Ida stieg zuerst aus und radebrachte:

„Je desre une chambre avec deux lits. Mais non trop chère.“

„Zimmer mit zwei Betten haben wir leider nicht mehr. Wenn Madame ein Zimmer für sich wünschten, der Josef könnte ich . . .“

in der es heißt, man scheine im Vatikan gegen die deutschen Modernisten jezt mildere Saiten aufziehen zu wollen. Die Angelegenheit Ehrhard wird nämlich von der Kurie noch besten Erklärung als endgültig abgeschlossen betrachtet und es besteht nicht die Absicht, Ehrhard einen weiteren Unterwerfungsakt aufzuerlegen. Das würde in der Tat eine gewisse Wendung des Kurfes bedeuten, denn ein Widerruf war die Ehrhard'sche Erklärung tatsächlich nicht, und es schien daher wohl glaubhaft, wenn es zunächst hieß, daß man sie in Rom als ungenügend betrachte. Sollte man sich jezt trotzdem zufrieden geben, so würde das darauf schließen lassen, daß man es in Rom nicht für rätlich hält, einen allzu schweren Schlag gegen die katholische Hofkult in Ströhbürg zu führen, hinter der, wie man weiß, ein starkes Interesse der Reichsregierung liegt. Einem bayerischen Universitätsprofessor glaubt man vielleicht weniger Rücksicht schuldig zu sein. Aber man sollte sich in Rom nicht darüber täuschen, daß Professor Schmitzer nicht nur unter der studierenden Jugend und in sonstigen Universitätskreisen, sondern auch unter der katholischen Bevölkerung lebhafter Sympathien sich erfreut.

Deutsches Reich.

Das Urteil des Reichsgerichts im Spionageprozeß lautet: Die drei Angeklagten sind schuldig des gemeinschaftlich begangenen Verbrechens nach § 1 des Spionagegesetzes und werden verurteilt: Saverländer und Niemand zu je fünf Jahren und Mierendorf zu drei Jahren Zuchthaus, sowie jeder zu fünf Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Einige Monate Untersuchungshaft werden angedroht. Das Gericht erachtete es für erwiesen, daß die Angeklagten einen Tiefenstiller zu einer Mine an die russische Regierung verraten haben. Saverländer hat sich die erforderlichen Zeichnungen in Wilhelmshaven von dem inzwischen vom Kriegsgericht verurteilten Marinematrosen Hans Trecht geben lassen. Mierendorf hat nach den Zeichnungen einen solchen Tiefenstiller angefertigt. Niemand und Saverländer schafften diese Sachen nach Petersburg.

Rundschau im Auslande.

Präsident Roosevelt

hatte eine Besprechung mit den demokratischen Mitgliedern des Marineausschusses der Abgeordneten. Er forderte sie auf, das kostspielige Marinebudget, das vier Panzerschiffe und noch andere Schiffe vorsieht, aus Patriotismus zu unterstützen. Dabei wurden die Einwürfe eines drohenden Defizits des Staatshaushalts durchgesprochen. Es verlautet, Roosevelt habe betont, daß die internationalen Beziehungen Amerikas seine Schlagfertigkeit zur See erforderten. Er habe dabei auch die Unterhandlungen mit Japan erwähnt.

Der König von Portugal

wird heute an den Verdigungsfeierlichkeiten nicht teilnehmen. — Franco hat sich mit Frau und Sohn von Madrid nach Paris begeben. In Genèbe, der französischen Grenzstation, erklärte er einem Vertreter des Temps: Ich sagte zu König Manuel, als ich meinen Rücktritt in seine Hände legte, daß alle monarchischen Parteien sich um den Thron scharen und meine Freunde dem neuen Ministerium den loyalsten und beständigen Beistand leisten würden. Ich will künftig unbekannt und fern von der Politik leben, die ich endgültig aufgegeben habe. Ich überlasse es der Zeit, über meine Haltung zu richten. Ich bestreite durchaus die Nachricht, wonach die Königin mich beschuldigt habe, der moralische Mörder ihres Gatten zu sein. Franco, fügt der Berichterstatter hinzu, habe äußerst niedergeschlagen und müde ausgesehen.

Jaurès

hat dem Minister des Aeußern mitgeteilt, er wüschte ihn über die Schritte zu befragen, die Abdul Käs und Muten Hofid bei Deutschland getan hätten. Minister Vichon wird Jaurès voraussichtlich Montag antworten. — Die Deutsche Marokko-Zeitung schreibt zum Tode des spanischen Gesandten Lobetia, er sei ein Opfer seiner Berufstreue geworden. Obwohl er krank war, unterzog er sich den Strapazen der Gesundheitskur in Rabat. Der Versorbene vertrat hier stets eine äußerst korrekte, rücksichtsvolle und verständliche Politik, der hauptsächlich die Erfolge Spaniens seit dem Vertrag von Algeciras anzuschreiben sind. Ihm auch ist zu danken, daß trotz der großen spanischen Kolonie in Marokko Konflikte zwischen Spanien und Marokko nicht die größte Seltenheit bilden und

niemals einen größeren Umfang annehmen. — Die hiesigen, aus Fetz kommenden Beamten erhalten neuerdings eine Auforderung von El Amrani, der Ausrufung Mules Hafids zuzustimmen, widrigenfalls sie ihre Güter in Fetz verlieren. In der gestrigen Versammlung waren El Gebbas und Mohammed Tafi gegen die Ausrufung Mules Hafids. Ein endgültiger Beschluß ist nicht gefaßt worden. — Die französische Regierung bezeichnet neuerdings und ausdrücklich die Meinung, daß die Kolonialarmee mit der Bestimmung nach Marokko mobilisiert werde, als unrichtig.

Die ungarische Delegation

setzte die Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern fort. Delegierter Ameth besprach das preussische Entschlagnungsgesetz. Redner wünscht nicht, daß der Minister des Aeußern etwa Vorstellungen in Berlin erhebe, weil das die Lage der Polen nur verschlimmern würde. Doch drückte er die Hoffnung aus, daß man in Berlin von der Bözziehung dieser in der ganzen Kulturwelt verurteilten Maßregel Abstand nehmen werde. Delegierter Kotobsky erklärte, daß er ein Anhänger des Dreibundes sei, doch mit dem Vorbehalt, daß unsere Interessen gewahrt werden; er bezeichnete die Haltung Italiens, wo unlängst in der Kammer die Eventualität eines Krieges zwischen Italien und der Monarchie erörtert wurde, als zweifelhaft. Der Dreibund verpflichte uns gegenüber Deutschland, uns jeder Rundgebung zu Gunsten der Polen zu enthalten. Ministerpräsident Bekerle erklärte, der Minister des Aeußern habe nur in dem einzigen Punkte, daß er die Monarchie im internationalen Verkehr als einheitliches Rechtssubjekt hingestellt habe, sich in Widerspruch mit der ungarischen Auffassung gesetzt. Da jedoch bezüglich der Ermächtigung der Verhandlung und der Unterzeichnung von internationalen Verträgen die entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden seien, um die Souveränität und die Selbständigkeit Ungarns außer allem Zweifel zu stellen, habe diese Verschiedenheit der Auffassung keine praktische Bedeutung. Delegierter Redatowisch (Kroatie) findet ein Vorbringen Deutschlands gegen die Aeria sehr bedenklich und meint, der Dreibund verpflichte uns nicht, diesen Versuch der Expansionspolitik tatlos zuzusehen.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 7. Febr. In der heutigen Sitzung der Reichstagskommission für das Vereinsgesetz wurde nach längerer Debatte § 3 in folgender Fassung angenommen: Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hieron mindestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Ueber die Anzeige muß von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden. Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die öffentlich bekannt sind. Die näheren Vorschriften über die Erörterung der Bekanntmachung bei der Landeszentralbehörde zu erlassen. Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen von Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperlichkeiten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung. Die Vorschriften der §§ 5, 8 und 9 dieses Gesetzes finden auch auf diese Versammlungen Anwendung. Als Erörterung politischer Angelegenheiten gilt es insbesondere nicht, wenn in den Versammlungen von den im § 153 der Gewerbeordnung genannten Persönlichkeiten ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden. Die Kommission vertagte sich dann auf den 13. Februar.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. Febr. Der Badische Eisenbahnerverband ließ durch den Verbandssekretär Heim eine Denkschrift über die Lohn- und Dienstverhältnisse der Eisenbahnarbeiter ansarbeiten. Derselbe wurde jezt den Landständen überreicht und enthält folgende Forderungen: 1. Neuregelung der Lohnordnungen unter Berücksichtigung der Anträge der Arbeiter und unter Mitwirkung der legitimen Vertreter derselben; 2. Regelung der Dienst- und Ruhezeiten, soweit die jezt bestehenden Anlag zu Befürwender geben; 3. Bessere Ausgestaltung und Verlässlichkeit der Arbeiterauschüsse; 4. Verbesserung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung; 5. Festigung des Arbeitsverhältnisses durch allmähliche Stabilisierung, Schaffung eines dem Beamtenverhältnis ähnlichen Verhältnisses oder Anerkennung der Arbeiter im allgemeinen als Vertragsdiel und Abschluß von Tarifverträgen; 6. teilweise Abänderungen der Dienstamtsstellung für ständige Arbeiter des Betriebsdienstes;

7. Lohn und dienstliche Verhältnisse der Reservebezieher, Dampfschiffahrtsbezieher und Wagenwärtergehilfen. Der Beitritt angegeschlossen ist der Entwurf eines Tarif- und Arbeitsvertrags zwischen der Groß-Generaldirektion und ihrem Arbeiterpersonal.

Badische Politik.

Karlsruhe, 7. Febr. Gestern fand dahier eine von über 300 Militäranwärtern von Karlsruhe und auswärts besuchte Versammlung statt, der mehrere Abgeordnete anwohnten. Der Ehrenvorsitzende des Bundes deutscher Militäranwärter, General von Kloeden, und der Vorsitzende des badischen Landesverbandes, Goeller, behandelten die Lage der Militäranwärter. Derselbe wird im Verhältnis zu anderen Staaten für Baden als sehr schlecht bezeichnet. Hunderte von badischen Landeskindern, die dem Staat 12 und mehr Jahre gedient haben, seien gezwungen, außerhalb des Landes Unterkunft zu suchen, weil man ihnen die ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden mittleren Beamtenstellen im Heimatlande verweigere. Im anderen Falle müßten sie sich mit einer gering besoldeten Stelle begnügen. In der Diskussion betonte Landtagsabgeordneter Wittum (natl.) die große Bedeutung des deutschen Unteroffizierstandes. Es sei unbedingt notwendig, daß die Zukunft der Unteroffiziere sicher gestellt werde. Die nationalliberale Fraktion der zweiten Kammer werde dahin zu wirken suchen, daß den Wünschen der Militäranwärter, soweit es die Interessen der übrigen Beamten und die Staatsinteressen erlauben, Rechnung getragen wird.

Erzengel Dr. Reinhard.

Der Direktor der badischen Domänen wird, wie aus unser Karlsruhe Bureau schreibt, im Laufe der nächsten Woche seine Dienstgeschäfte wieder übernehmen. Der vertriebene Beamte hat sich erfreulicherweise rasch von seinem Influenzanzfall erholt.

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.

Karlsruhe, 7. Febr. (Von unserm Karlsruher Bur.). Mit Bezug auf eine Eingabe des Arbeitersekretariats um Veranlassung von Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit für die zur Zeit Arbeitslosen ist das badische Arbeitsamt vom Rat der Stadt Karlsruhe ersucht worden, die einzelnen Fälle zu prüfen und soweit möglich, für Unterbringung der unverheirateten Arbeitslosen in privaten oder öffentlichen Betrieben Sorge zu tragen. Ferner sollen städtische Arbeiten, die für das laufende Jahr vorgegeben sind und bei denen Arbeiter in größerer Zahl Verwendung finden können, möglichst bald in Angriff genommen und den Unternehmern städtischer Arbeiten aufgegeben werden, zu deren Ausführung in erster Reihe hier anwesende Arbeiter beizuziehen. Die Einrichtung von besonderen Notstandsarbeiten wird nicht in Aussicht genommen.

Bayerische und Pfälzische Politik.

München, 7. Febr. Sehr zahlreich war man bei Einladung des Nationalliberalen Vereins und des Jungliberalen Vereins am gestrigen Abend zu einer öffentlichen Versammlung gefolgt, in der Herr Ernst Saffner, Agt. Volkspartei, über das Thema sprach: „Die Rückständigkeit der bayerischen Beamtengehälter und deren Ursachen, sowie das neue Gehaltsregulativ“. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des deutschen Beamtentums, von dessen gelaudeten Stände auch das Wohl eines Staates abhängt, bespricht Redner die Verhältnisse in Bayern. Hier sei man seit Generationen in gerader, beschämender Weise zurückgeblieben gegenüber dem Beamtentum. Die Aufbesserungen seien bei weitem nicht im Verhältnis geblieben zu der Entwertung des Geldes. Seit 1826 bis 1884 seien die Verhältnisse um 200 Prozent teurer geworden, während die Gehälter der Beamten nur um 72 Prozent gestiegen seien. Das Gehaltsregulativ vom Jahre 1884, auf das die ganze Beamtenwelt mit großer Erwartung gehofft habe, hätte leider nur Entlassungen gebracht, und auch die Teuerungszulage im Jahre 1902 würde nicht im Verhältnis zu den weiter eingetretenen Steigerungen des Lebenshaltungskosten. Redner bezeichnet mit Humor die Klagen der Wohnungszulage, wonach diese den Unberühmten nicht zugute komme, als eine Junggelehrtensteuer. Seit 1884 seien zwei Hochkonjunkturen eingetreten, an denen Vorteile alle teilgenommen hätten, die Landwirte, Fabrikanten und Arbeiter, nur die Beamten nicht. Sollten die Beamten nicht noch weiter zurückgefallen werden, so müßte das neue Regulativ den Preissteigerungen völlig gerecht werden. Der Wille möge ja bei der Regierung vorhanden sein, es sei allerdings nicht möglich, die Fehler des Jahreswechsels in einer Finanzperiode wieder gutzumachen. Keine man die für das neue Gehaltsregulativ vorgeschlagen 10 Millionen Mark auf die 6000 Beamten Bayerns, aus, so komme nur ein Durchschnitt von 15 Prozent für den einzelnen heraus. Der Wegfall der verschiedenen Beförderungskosten mache die Aufbesserungen zum Teil wieder illusorisch. Auch

„Das Kind ist meine Nichte“, unterbrach die Tante ihn, während Nellie vor Zorn erblöhte. „Je von demonde parbon, mademoiselle“, sagte der Oberkellner, der, wenn er zu Deutschen höflich war, stets französisch sprach. „Ich wöchte sagen, daß ich Ihnen und der jungen Dame zwei hübsche Zimmer im dritten Stock geben könnte.“ „Sind sie auch nicht zu teuer? Wir sind nämlich keine Zugvögel, sondern meine Nichte ist nur zu ihrer Erholung hier.“ „Es sind die billigsten, die wir haben.“ „Ach, dann ist es gut“, seufzte die alte Dame vor Herzen erleichtert. „Sechshundneunzig, siebenundneunzig!“ schrie Jean dem Aufjungen zu, und die beiden traten nun eine Himmelfahrt bis unter das schräge Dach des Hotels an. „Schöne Vogage!“ brummte der Oberkellner. „Die junge sieht aus, als hätte sie keinen Soud im Portemonnaie.“ Und damit hatte er nicht so unrecht. Denn Nellies Vermögen bestand aus baren zwei Groschen, die sie noch von Hause her besaß. Auf der Weise hatte die sparsame Tante ihr feinen Pfennig in die Hand gegeben. (Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Theater-Notiz. Die Intendanz teilt mit: In der „Aheingold“-Aufführung am Mittwoch, den 12. Februar, wird Herr Dr. Otto Pfeilsmeißler den Jage singen. Herr Pfeilsmeißler ist seit Jahren der berühmte Vertreter der Partie bei den Bayerischen Hoftheatern. Großh. Hof- und Nationaltheater. (Spielplan.) Sonntag, 9. Febr., denn: IV. Rottweil; Wilhelm Busch. (Leitung: Intendant. Mitwirkende: Welker, Göbel, Kraußschod, Doll, Lischow, Dünand.) Abends (B): „Oberon.“ (Regie: Brandes. Hofkapell-

Garten. Rottweil. Meiner.) — Montag, 10. (A): „Don Carlos.“ (Evoli; Merck.) — Dienstag, 11. (aufg. W.): „Brand.“ (Brand; Wiede als Gast. Gerb; Gorken.) — Mittwoch, 12. (B): „Der Jäger von Wagner 25. Todestage: „Aheingold.“ (Aria; Meiner. Lege; Pfeilsmeißler.) — Donnerstag, 13. (A): „Der Jäger von Wagner 25. Todestage: „Walfire.“ (Eieglinde; Böwino, Stoppmann; Bergmann.) — Freitag, 14. (D): „Neu einstudiert: „Johannisknecht.“ (Georg; Stark als Gast. Regie; Meiner.) — Samstag, 15. (aufg. W.): In erwähnten Briefen: „Die Räuber.“ (Amalia; Wionda.) — Sonntag, 16. (C): „Der Jäger von Wagner 25. Todestage: „Eiegfried.“ (Eiegfried; Bergmann.) Neues Theater. (Spielplan.) Sonntag, 9. Febr.: Aufführung: „Madame Sarpagan.“ (R.; Deht.) — Freitag, 14.: „Die lustige Witwe.“ — Sonntag, 16.: „Madame Sarpagan.“ Musikalische. Im Kaiserlichen Theater wird am Sonntag den 23. Februar (Hauptprobe 22., abends 7 Uhr), die Messe in D-moll von Friedrich Klose aufgeführt. Solisten: Else Rosenmann, Sopran aus Vösel; Fräulein Hegar, Alt aus Jülich; Rob. Kaufmann, Tenor aus Jülich und Paul Weyhe, Bass aus Vösel. Das überall mit Begeisterung begrüßte Werk ist eine der erfolgreichsten Kompositionen der modernen Musik. Kammeränger Karl Rebe, Kapell der Königl. Oper in Berlin, ist gestern an den Folgen der Infuenza gestorben. Sein Tod zeigt eine Lücke in das Ensemble der Hofoper. Direktor Reitz u. Weingartner hebt mit dem in Avel weilenden Seldentator Fritz Wischoff in Unterhandlungen, die zu einem Engagement des Künstlers an das Hofopertheater führen dürften. Louis Artus' neuständiges Lustspiel „Spagantlebe“, dessen anziehender Inhalt im Pariser Mithene-Theater schon die tägliche Aufführung durch zwei Spieljahre gestattet, hat nun auch in Wiener Aufführungen die ersten 25 Vorstellungen erzielt. Marie Schramm-Rochonald t. Die Schriftstellerin Frau Marie Schramm-Rochonald ist in Dresden gestorben. Der von dem Karlsruher Joachims ernannte Geiger Marteau ist ein Neffe der Verfasserinnen.

Der Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein hat sich durch verschiedene Beschlüsse der letzten Zeit auf dem Gebiete der Kunst- und Theaterbesuche beunruhigt gesehen, inwieweit die Erklärung abgegeben, daß er jeden Versuch, die Freiheit der Kritik in irgend einer Form zu beeinträchtigen, auf das schärfste mißbilligt. Kinematographen-Genie. Unter dieser Ueberschrift bringt der „Kunstwart“ einen bemerkenswerten Artikel aus der Feder des Dichters Bild. v. Scholl, dem wir folgenden entnehmen: Der Kinematograph hat seit seiner Erfindung, oder besser: seit der Verwirklichung, die große Verbreitung ermöglicht, eine deutliche Abwärtsentwicklung durchgemacht. In seinen ersten Darbietungen überwogen bildliche Wiedergaben rascher und lebendiger Bewegungsbilder. Das war sein eigentliches Gebiet und, wie es zunächst schien, von unerschöpflichem Reichtum: sportliche und militärische Leistungen, unter denen besonders reicherliche Leistungen vollendet wiedergegeben waren, fahrende Jäger, die Landschaft vom fahrenden Zug gesehen, Jagdhunden, bunten Straußenbilder, Haischen und Hochseemarine, Arbeit in Bergwerken, modernen Fabriken und vieles andere. Aber selbst diese Fülle hielt nicht vor. Die gewisse Kürze jeder Bilderreihe, das rasche Ermüden des Geistes am gleichen Stoffe, wenn er nicht jeztig wechsell, verlangten ein numerreiches Programm für jede Kinematographenvorstellung. Und so hatte man immer bald „alles gesehen“. Es bedurfte keines sehr erleuchteten Geistes, um zu erkennen, daß man mit der Aufnahme der Pantomime das Programm ins wirklich Unbegrenzte erweitern und die dramatische Funktion des Volkes heranziehen kann. Man hat es getan, denn in die niedrige, aufregend-grausame oder gemeine oder einen aktuellen Vorgang nachahmende Pantomime das Kennzeichen des Kinematographen. Das gestellte Bild hat den malerischen. Er ist längst das Zwangspunkt-Theater des Volkes geworden. Dementsprechend verhält, heruntergekommen und, besonders wegen seiner geringen Preise und des ständigen Kinber-

werde es viele Beamten hart treffen, daß die ordentlichen Mietzinsen als Norm für die Dienstwohnungen gelten sollen. Für die Zukunft gelte es, die Aufstellung zu widerlegen, als ob nun alle gerechten Forderungen erfüllt seien. Auch in den künftigen Budgets müßten Mittel bleiben, um dem Beamtenstand zur völligen Sanierung zu verhelfen. — Ein Beschluß, der in einem ungenügend begabten Beamtentum eine Gefahr für den Staat erblickt, die vorgezeichneten 16 Millionen für keine ausreichende Besserstellung hält und darin nur eine Abschlagszahlung sieht und die Parteien aufforderte, dies im Landtag zum Ausdruck zu bringen, welcher für die künftigen Jahre größere Mittel bereitstellen müsse, fand einstimmige Annahme.

Die Frauen und die Parteien.

Im Mannheimer Verein für Frauenstimmrecht beauftragte Frau von Gottberg die Stellung der Frauenstimmrechtlerinnen zu den Parteien. Die noch jugendliche Vorkämpferin des Frauenstimmrechts behandelte das Thema in einer durchaus maßvollen, sachlichen Weise. Wie sie sich schart vor der Sozialdemokratie schied, die eben auch die Frauenfrage nur unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes der Proletarier und Proletarierinnen sieht, so auch von jenen bürgerlichen Stimmrechtlerinnen, deren Ungeflüm gerne den Straßenkampf für Frauenstimmrecht ausfechten möchte. Andererseits suchte Frau von Gottberg den Parteien, die der Frage des Frauenstimmrechts noch fern stehen, noch zaudern es zu einem Punkt ihres Programms zu machen, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sie zu überzeugen, statt sie durch radikale Angriffe zu verstimmen.

Wir glauben, daß wenn man die bürgerlichen Parteien für den schwierigen Gedanken des Frauenstimmrechts gewinnen will, es keinen anderen Weg gibt als den hier vorgeschlagenen. Die Frage des Frauenstimmrechts ist eine so ungemein weittragende, sie könnte und wird in unserem politischen Leben so große Umwälzungen herbeiführen, daß Politiker, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, nicht an sie herantreten können ohne die sorgsamste und gewissenhafteste Prüfung und sie nicht ohne weiteres zu einem Programmpunkt ihrer Partei machen können, weil es eine liberale Forderung sei. Ihre Aufgabe wird sein, die Bewegung genau zu beobachten, zu verfolgen, ihr gegenüber Unparteilichkeit und Objektivität walten zu lassen.

Die nationalliberale Partei dürfte mit uns in ihrer überwiegenden Mehrheit auf diesem Standpunkt stehen, sie wird den in die Politik drängenden Kräften der Frauenbewegung nicht ohne weiteres die Existenzberechtigung versagen, aber kann doch andererseits nicht umhin, vor der möglichen Gefahr einer Radikalisierung unseres politischen Lebens durch die Frauen zu warnen angesichts bestimmter Erfahrungstatsachen. Wir werden uns fragen, ob das politische Interesse in der bürgerlichen Frauenwelt schon so allgemein, daß der „Sprung ins Dunkle“ getan werden muß. Wir beobachten das erst an einigen wenigen Stellen, während die Hauptkraft der Frauenbewegung sich auf die großen sozialen, sittlichen Probleme der gewaltigen Kulturzeit — Befreiung der Frau wirt.

Es kann im heutigen Stande der Angelegenheit für eine Partei, die nicht im Programm verankert ist, keine grundsätzliche Ablehnung wie auch keine unbedingte Zustimmung zum Frauenstimmrecht geben. Wohl aber haben alle liberalen Parteien — auch die Nationalliberalen — die Pflicht, in weit intensiverem Maße als es bisher geschehen ist, der Frauenbewegung, die ganz gewiß keine vorübergehende Erscheinung ist, Aufmerksamkeit und Interesse zu schenken. Die Frauenbewegung im allumfassenden Sinne hat eine große Zukunft und es hieße wenig seine Zeit verstehen, wollten die liberalen Parteien sie so nebenher behandeln, wie es bisher noch meistens der Fall war. Da könnte leicht eine Politik der herabgehenden Gelegenheiten getrieben werden, die sich bitter rächen müßte. Der Liberalismus hat einmal eine solche Politik der Versäumnisse getrieben, als er manchesterlich befangen kein Verständnis für die sozialen und kulturellen Bestrebungen des vierten Standes bewies und diese von der Sozialdemokratie auffangen ließ. Er sollte sich hüten, ein zweites Mal eine solche Politik zu treiben, um damit das Abgleiten der Frauenbewegung in den Radikalismus zu befeuern und sich wertvoller Kräfte zu berauben.

befuchtes, eine ernste Gefahr. Doch er es ästhetisch ist, wiegt leicht: immerhin ist interessant, daß man am Kinematographen e contrario handgreiflich erkennen kann, was Beschränkung, zu Überwinden Schwierigkeit, was Fessel bei der Kunst bedeutet; wie ein Können ohne Fessel möglich und roh wird. Die Bühnenpantomime, die nachahmen muß, die im Szenenwechsel beschränkt ist, hat fast stets künstlerische Elemente. Die mit dem Hintergrund der Wirklichkeit, mit beliebig springendem Szenenwechsel, mit all den Hilfen der äußeren Natürlichkeit und zahllosen automatischen Wiederholungen arbeitende photographische Pantomime ist ein widerwärtiges Übel, sie bedeutet absoluten Vöbelgeschmack. Und weil nicht die Spur Kunst, deshalb ganz und gar Stoff! Und hier liegt die Gefahr. Ich sah neulich in einem leidlich gut arbeitenden Kinematographen das Utentat auf einen Eisenbahnzug, die Ermordung und Veranbarung der schon verwundeten Menschen mit allen Einzelheiten, geeignet, die Pantomime eines angehenden Verbrechers, auch in Europa, zu befruchten. Dann die Martierung eines französischen Deportierten, der sich in Hesse wand, und schließlich, als er zu fliehen versuchte, niedergeschossen wurde. Natürlich mit sentimentaler Vorgeschichte: durch tödliche Reizung zum Verbrechen gebracht, Elterntränen, eine verlassene, vom Geliebtenführer fortgestohene Braut — und dazwischen ein Eisenbahnzug, Abfahrt und Landen eines Dampfes, Bilder, die die schändlich-grausame Sache in Wirklichkeit rühten. Zahlreiche Kinder sahen davor. Ich heiße die Theaterzensur nicht gut. Sie hat meist nur die Aufgabe, sich lächerlich zu machen. Aber ich wünschte eine recht strenge Zensur des Kinematographen in bezug auf Darstellung von Verbrechen und Gräueltaten. Die Unbedachtsamkeit der von ihm gebotenen Bilder erhöht seine Gefahr weit über die von Schwingromanen, gemeinen Photographien und selbst niedrigen Tingstängeln.

Josef Kainz und Richard Wagner. Das Neue Deutsche Landestheater zu Prag veranstaltet an Wagners Todestage, am 13. Februar, eine große Richard Wagner-Gedächtnisfeier. Sie bringt im ersten Teil laut „D. B. C.“ eine Aufführung Wagnerscher Kompositionen, während der zweite Teil von einem Richard Wagner-Festspiel ausgeht, das für diesen Tag geschrieben wurde. In diesem Festspiel tritt Richard Wagner als handelnde Person auf. Beim Suchen nach dem Schauspieler, der da würdig ist, den Meister zum ersten Mal auf der Bühne zu zeigen, fiel die Wahl auf Josef Kainz; der Künstler sagte zu,

Wie es für die liberalen Parteien längst die soziale Frage des vierten Standes gibt, so sollte es für sie bald die soziale Frage der Frau als Programmpunkt geben. Sie ist ein Kulturfaktor geworden, den liberale Kulturparteien nicht nur gelegentlich streifen, sondern mit dem sie sehr ernstlich sich beschäftigen sollten. Gerade das sollte das Wesen des Liberalismus sein, zu eigener Verjüngung alle neuen aufsteigenden Kräfte der Gesellschaft und Kultur in sich aufzunehmen.

Nach dem nationalliberalen Verein Heidelberg hat nun auch der Vorstand des jungliberalen Vereins Mannheim sich mit der Frage der Aufnahme von Frauen als Mitglieder befaßt und beschlossen der Wichtigkeit der Frauenfrage in der Abwicklung seines Programms Rechnung zu tragen. Das sind Zeichen der Zeit, die gar nicht übersehen werden können. Die nationalliberale Partei als solche, nicht nur einzelne Ortsvereine, wird sich wohl bald genötigt sehen, zur Frauenfrage, zu den Forderungen der Frauen im öffentlichen Leben auf einem Parteitage und in ihrem Programm Stellung zu nehmen, wobei sie sich selbstverständlich nicht gleich die extremsten Forderungen zu eigen machen wird. Und die nationalliberale Partei als solche wird eine Entscheidung über die Aufnahme von Frauen als Mitglieder wohl nicht mehr allzulange hinauschieben können.

Verein für Frauenstimmrecht.

In dem gestrigen, gutbesuchten öffentlichen Vortragsabend im Logenlokal L 8, 9, sprach Frau v. Gottberg-Stuttgart über die Stellung der politischen Parteien zu der Frauenbewegung. Einleitend betonte die Vorsitzende, Frau Wolf-Joffe den aus dem neuen Vereins- und Versammlungsgesetz erwartenden Fortschritt in der politischen Stellung der Frau. Das Ziel dieser gegenwärtig im Vordergrund getretenen politischen Entwicklung bildet aber das Frauenstimmrecht, worüber sie nunmehr der Referentin das Wort erteilte.

Durch das künftige Vereinsrecht, so führte Frau v. Gottberg anknüpfend aus, wird die politische Stellung der Frauen bedeutsam gehoben werden. Der Kampf um das Stimmrecht als weiterer Schritt zur Teilnahme an der gesetzgebenden Macht hat nun mit tatkräftigem Eifer begonnen, namentlich anlässlich der Wahlrechtsreformbewegung in Preußen. Freilich kann für uns das Vorgehen etwa der englischen Frauenrechtlerinnen Maria und ein abgrenzendes Beispiel sein. Die jüngste Debatte über das Vereinsgesetz im Reichstage hat deutlich gezeigt, was die Frauen von den einzelnen politischen Parteien zu erwarten haben. Die bekannte Frauenführerin Minna Cauer glaubt auch, daß jetzt die politische Seite der Frauenbewegung in den Vordergrund treten werde. Was nun die heutigen Parteien anbelangt, so vertritt zunächst die Sozialdemokratie mit dem Erfurter Parteiprogramm auch die Forderung des Frauenstimmrechts, hat aber in Praxis bisher lediglich die Rechte der arbeitenden Frau verfochten; nur wenn die Arbeiterfrage, etwa der Frauenfrage dient, ist eine Unterstützung der letzteren insofern zu erwarten, keineswegs aber eine prinzipielle bewußte Unterstützung. Gegenseitigweise steht daher die bürgerliche Frauenwelt dieser Partei mit Misstrauen gegenüber, soweit sie nicht bisweilen in gewissen Kreisen mit ihr liebäugelt. Bei den anderen Parteien liegen die Dinge einfacher. Die Konserwativen und das Zentrum neigen die Frauen nur für ihre Parteizwecke als Mittel zum Zweck an. Namentlich die katholischen Frauenkreise sehen ganz unter der bederrschenden Führung der Ultraliberalen Partei. Venerdings scheint zwar auch im Zentrum der Zeitströmung folgend ein festerer Wind zu wehen. Bei den Nationalliberalen herrscht noch vielfach eine gewisse zögernde und abwartende Haltung, die aber eine regere Teilnahme erwarten läßt. Ihr Führer Wassermann meinte auf dem Wiesbadener Parteitage, die Frauen könnten mit der Gleichstellung mit den Männern durch das neue Vereinsgesetz zurückgefallen sein, man könne an ihrer berechtigten Bewegung nicht mehr achtlos vorübergehen und möge nur an die Bedeutung der Frauen in der Zentrumspolitik denken. Dabei gab Referentin unsere neulich reaktionelle Bemerkung wieder, daß dem Referat über den Vortrag des Herrn Stadtdirektor Dr. Wieland im Heidelberger Verein für Frauenstimmrecht (vergl. Nr. 40 vom 24. Jan.) über Liberalismus und Frauenbewegung, das sie als Zeichen eines fortschrittlichen Verständnisses im nationalliberalen Lager freudig begrüßte.

Das Frankfurter Mindestprogramm geht noch etwas weiter hierin. Auch der neue Nationalverein hat den Frauen ohne weiteres Gleichberechtigung versprochen und sich neulich in München in

So wird denn Kainz als Richard Wagner auf der Bühne des Prager Theaters stehen, als der Richard Wagner der traurigen Pariser Zeit, denn in Paris, während seiner dortigen Leidenszeit, geht das Festspiel vor sich; es enthält als Hauptmoment die Szene, wo Richard Wagner, umgeben von seinen Freunden, sein dichterisches Fragment „Wieland der Schmied“ zum ersten Male vorliest. Mit einer großen Apotheose schließt der Richard Wagner geweihte Festabend des Neuen deutschen Landestheaters.

Einem ehrenvollen Ruf an die Wiener Hofoper hat, wie wir hören, unser herbevorgender Gast, Herr Wilhelm Fenten, erhalten. Noch während seines zweiten jüngst erfolgten Auftritts in München erhielt er von Herrn Weingartner unter den günstigsten Bedingungen das Anerbieten, in die Wiener Hofoper einzutreten. Herr Fenten hat auch die Intendanz und die Theaterkommission unter ausführlicher Motivierung seines Standpunktes ersucht, ihn aus seinem Vertragsverhältnis, das ihn noch für viele Jahre an Mannheim bindet, zu entlassen, jedoch haben Intendanz und Theaterkommission dies rundweg abgelehnt. Man kann diese Entschlieung der Intendanz und der Theaterkommission natürlich leicht begreifen und verstehen, denn Herr Fenten ist eine der besten und vornehmsten Stützen des Opernensembles. Auf der anderen Seite kann man es selbstverständlich auch Herrn Fenten nachempfinden, wenn er eine so eminent bedeutungsvolle Gelegenheit, in seiner künstlerischen Laufbahn ein gewaltiges Stück vorwärts zu tun, nicht versäumen möchte. Hoffentlich wissen die Intendanz und die Theaterkommission den richtigen, den beiderseitigen Interessen gerecht werdenden Weg zu finden.

Groß. Bad. Hof- und Nationaltheater in Mannheim. Der Freischütz.

In der Oper „Der Freischütz“ von E. M. von Weber gastierte gestern am hiesigen Hoftheater als „Agathe“ Frau Bertha Murska vom Stadttheater in Kroppau, nachdem sie vor zirka 14 Tagen die Elisabeth in der Oper „Lohnhauer“ gesungen hatte. Wie als Elisabeth so zeigte die junge Künstlerin auch als Agathe, daß sie verschiedene beachtenswerte Vorzüge besitzt, die zu guten Hoffnungen berechtigen. Die Stimme der Dame klingt sympathisch und angenehm, wenn sie auch manchmal etwas schwach und für

einer öffentlichen Frauenversammlung für freie politische Betätigung der Frau als Staatsbürgerin entschieden ausgesprochen. In Württemberg haben sich freilich bis jetzt trotz gefehliger Betätigung die Frauen an politischen Versammlungen wenig beteiligt, das Entgegenkommen der liberalen Parteien vor andererseits allerdings auch gering. In Heidelberg dagegen nimmt der nationalliberale und jungliberale Verein Frauen gerne als Mitglieder auf. Eine eigene liberale Frauenpartei sei unbedenkbar und ungewöhnlich, dagegen sei von dem Eintritt der Frauen in die bestehenden Parteien ein allgemeiner vorzüglicher Fortschrittlicher Einfluß im Sinne einer Milderung der schroffen Gegensätze und veralteten Vorurteile auf manchen Gebieten zu erhoffen. Nebenher schloß mit einer überblickenden Bemerkung über den Fortschritt der Anhänger des Frauenstimmrechts, wonach der Liberalismus nicht die Gelegenheit wieder verpassen dürfe, die gewaltigen kulturellen Kräfte der Frauenbewegung in der Zukunft für unser Vaterland fruchtbar auszuwerten im Dienste der liberalen Ideen. (Beifall.)

In der Diskussion äußerte sich erst Herr Prof. D. Roes, daß der jungliberale Verein, für dessen Einladung er dankte, die Bedeutung der Frauenbewegung wohl erkannt habe, und ein Mitglied des hiesigen Vereins für Frauenstimmrecht gebeten habe, einen anschließenden Vortrag in seinem Vereine zu halten; ferner sollen nächstens die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen werden und beim nationalliberalen Verein ein dementsprechender Antrag auf Satzungsänderung vorgelegt werden. Dieser Beschluß erfolgte einstimmig. Allerdings müßten sich dann die Damen der sog. „Allergrenze“ unterwerfen. (Seitensfeld.) Er beehrte jedoch gerne die Frauen als politische Mitkämpfer. (Beifall.) Nach ihm sprach Dr. Weingart, als Vertreter des hiesigen freijünglichen Vereins, dem schon längst auch weibliche Mitglieder angehören und schon folgende Resolution vor, welche die strenge neutrale Haltung des D. B. C. Frauenstimmrecht verlangt.

„Die Ortsgruppe Mannheim des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht fordert — ausgehend von dem Grundsatze, daß für eine gesunde Weiterentwicklung unserer Kultur der Einfluß der Frauen im öffentlichen Leben nicht mehr entbehrlich ist — das volle Stimmrecht der Frauen in Gemeinde, Kirche und Staat, Entgegen dem von einzelnen Ortsgruppen in letzter Zeit eingenommenen Standpunkte, die für oder gegen einzelne politische Parteien eintreten, hält die Mannheimer Ortsgruppe an dem sachgemäßen Grundsatze des Verbandes fest, politische Neutralität zu üben. Die einzelnen Mitglieder mögen im politischen Kampfe in den Reihen der Parteien wirken, der Verein für Frauenstimmrecht soll aber aus allen Parteien Anhänger des Frauenstimmrechts zum gemeinsamen Zwecke sammeln, um mit ihnen für die Auffklärung der öffentlichen Meinung zu arbeiten und hierdurch neue Anhänger zu gewinnen. In dieser Weise wird nach der Auffassung der Mannheimer Ortsgruppe am besten das erstrebte Ziel erreicht werden, die Gleichberechtigung der Frau im Genusse der bürgerlichen Ehrenrechte.“

Die Vorsitzende Frau Wolf-Joffe hat nach einstimmiger erfolgter Annahme dieser Resolution, als praktische Konsequenz der eben gemachten theoretischen Kompromissklärung möglichst zahlreich den Beitritt zur hiesigen Ortsgruppe des D. B. C. Frauenstimmrecht zu erklären.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 8. Februar 1908.

Befreiung der Pöbne der Arbeitslosen.

Der Winter 1901—02 hatte eine besonders große Arbeitslosigkeit aufzuweisen. Es hatten sich insgesamt 1681 Mann zu den Notstandsarbeiten gemeldet. Da von diesen 460 den ansehnlichen Bedingungen nicht genügten und von den übrigen 1221 Mann 498 entweder trotz der Aufforderung keine Karten in Empfang nahmen oder die Arbeit nicht antraten, wurden im Ganzen 684 Mann beschäftigt. Diese Zahl ist weder vorher noch nachher wieder erreicht worden. Dagegen ist in vielen Jahren erfreulicherweise eine für Mannheim verhältnismäßig sehr geringe Arbeitslosigkeit festzustellen. So meldeten sich im Winter 1902—03 1106 Arbeitslose, von denen 431 die Arbeit aufnahmen. In den beiden folgenden Wintern meldeten sich 690 bzw. 278 Arbeitslose, von denen 121 bzw. 196 die Arbeit aufnahmen. 1905—06 wurden keine Arbeitslosen beschäftigt und 1906—07 nahmen von 168 angemeldeten Arbeitslosen 60 die Arbeit auf.

einen so großen Raum wie unser Hoftheater nicht ausreichen erscheint. Die Gesangsschulung ist eine befriedigende und darstellerisch zeigt die Künstlerin Verständnis und inneres Empfinden. Ob aber die Künstlerin auf der jetzigen Stufe ihrer Ausbildung den Ansprüchen genügt, die das Mannheimer Theaterpublikum gewohnt und zu stellen berechtigt ist, möchten wir verneinen und können wir aus diesem Grunde ein Engagement nicht empfehlen. Unser Theater besitzt bereits so viele ungenügende und ihrer Ausbildung harrende, noch zu entdeckende Talente, daß eine Vermehrung dieser Art von Kunstjüngern und Kunstjüngerinnen nicht ratsam erscheint. In einer ausschließlichen Ausbildungsanstalt für angehende Künstler und Künstlerinnen möchten wir nun unser Theater doch nicht herabgewürdigt wissen. Es ist höchste Zeit, daß der Oper eine größere Aufmerksamkeit zuteil wird und daß wir dann wieder einmal in den Besitz tüchtiger und ausgebildeter, gesunglich und darstellerisch mindestens etwas über dem Durchschnitt stehender Kräfte gelangen, andernfalls wird die Theatermüdigkeit, welche sichtlich in der letzten Zeit einzusetzen beginnt, sehr unangenehme Fortschritte machen. Vorstellungen wie die letzte „Lohnhauer“-Aufführung und die letzte „Waffenheim“-Aufführung sind leider nur zu sehr geeignet, die besten Theaterfreunde unserem Muffentempel zu entfremden. Wir glauben auch nicht, daß mit dem jetzigen Sparmaßstabssystem den Interessen unseres Theaters etwas gedient ist. Die kleine Reduzierung der Ausgaben an Gagen usw., die man durch dieses System mit Mühe und Not erzielt, wird reichlich aufgewogen durch den Ausfall an Einnahmen, der durch das stetige Auftreten minderwertiger und ungenügend ausgebildeter Kräfte entsteht. Wir halten es für unsere Pflicht, jetzt warnend unsere Stimme zu erheben und zur baldigen Umkehr zu ermahnen, denn man kann sich doch auf die Dauer unmöglich der Laifache verschließen, daß eine Stimmung des Mißmutes und der Unzufriedenheit Platz gegriffen hat und immer weitere Kreise erfaßt. Wir gehen unserm Intendanten unumwunden zu, daß er ehrlich bestrebt un- gewillt ist, unser Theater einer schönen Zukunft entgegenzuführen, möchten aber bezweifeln, ob die bis jetzt eingeschlagenen Wege die richtigen sind.

In dem gegenwärtigen Winter hat die seit den 3 letzten Wintern geringe Zahl allerdings wieder infolge der zu der kalten Jahreszeit hinzukommenden wirtschaftlichen Depression eine Steigerung erfahren. Bis zum 20. Januar haben sich gemeldet: 650 Mann. Von den bis zum 25. Januar gemeldeten 618 Mann entsprachen den Bedingungen nicht 150 Mann. Der Rest von 468 Mann kann eingestellt werden. Von diesen erhielten Arbeitskarten 255 Mann; die Arbeit angetreten haben aber nur 245 Mann; von diesen 245 sind bereits wieder 80 Mann ausgetreten, so daß noch arbeitslos 165 Mann.

Die Arbeitslosen wurden in den letzten Jahren, soweit nicht außerordentliche Unternehmungen mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit in den betreffenden Wintern in Angriff genommen wurden, mit Erbsarbeiten, und soweit diese wegen des gestörten Bodens nicht möglich waren, mit Schotterarbeiten beschäftigt. Auch in diesem Winter ist die Ausführung von Erbsarbeiten infolge des Frostes nicht möglich, und da mit Reinigungsarbeiten und Straßenebnen nur etwa 20 Mann beschäftigt werden können, so ist die Mehrzahl der Arbeitslosen (etwa 130 Mann) wiederum mit Schotterarbeiten beschäftigt. Da dieser Arbeit muß als dem letzten Nothbehelf, wenn die Witterung andere Arbeiten unmöglich macht, wie in anderen Städten, auch hier ge-griffen werden, obwohl diese Arbeit für manche Arbeitslose nicht angenehm sein mag und für die Stadt selbst sehr unrentabel ist, da der Schotter, der vom Werk bezogen wird, nicht nur billiger, sondern auch viel besser ist. Der von den Arbeitslosen geschlagene Schotter ist nämlich in der Qualität so schlecht, daß er nur für Feldwege verwendet werden kann.

Die Entlohnung der Arbeitslosen geschah bisher, wenn es die Art der Arbeit zuließ, im Accord. Und dies aus sehr begründeten Gründen. Sollte die Arbeit wirklich erheblichen Wert haben und an Stelle hoher Unterstufungen den Arbeitslosen gegeben werden, so müßte diesem auch die Möglichkeit offen stehen, bei fleißiger Arbeit mehr zu verdienen als ein lauer Kollege. Gerade fleißige Arbeiter haben sich entschieden gegen den Tagelohn ausgesprochen, weil bei dieser Entlohnung die faulen Elemente das Beste bekommen wie diejenigen, die 8 Stunden hindurch fleißig gearbeitet hätten. Soweit sich der Tagelohn nicht vermeiden ließ, betrug er seit dem Bürgerausschußbeschlusse vom 5. Dezember 1901, dem sich der Stadtrat anschloß, 2,70 M. Damit befand er sich im Einklang zu dem ortsüblichen Tagelohn. Aus den oben angeführten Gründen wurde den im Accord beschäftigten Arbeitslosen ein Mindestlohn nicht garantiert. Im vorigen Winter wurde den Arbeitslosen außer dem Tagelohn von 2,70 M. wegen der teuren Lebensverhältnisse eine Gratifikation von 40 Pfg. für den Tag bezahlt, die wegen der sehr geringen Zahl der Beschäftigten aus dem Gehaltsfonds bestritten werden konnte.

Die sozialdemokratische Stadtbewohnerfraktion hat nunmehr in der Sitzung vom 28. Januar den Antrag gestellt, der Bürgerausschuß solle beschließen: „Die Entlohnung der mit fog. Akkordarbeiten beschäftigten Arbeiter hat nach den jeweils bestehenden ortsüblichen Tagelohnsätzen zu geschehen. Den im Accordverhältnis stehenden Arbeitern wird der ortsübliche Tagelohn garantiert.“ Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 30. Januar mit diesen Vorschlägen befaßt. Um den Antrag auf Garantierung des Tagelohns für die Akkordarbeiter vorweg zu nehmen, so hat sich die überwiegende Majorität der Stadtrats auch jetzt wieder mit einer solchen Festsetzung nicht befreunden können, und zwar im Interesse der Arbeitslosen selbst. Die mit der Akkordentlohnung erzielten Vorteile fallen mit demselben Moment, in dem ein Mindestlohn garantiert wird. Wenn aber der Anreiz zur Arbeit wegfiel, so würde damit der Fiskus der Kostensarbeiten der Arbeiter nicht nur eine Unterstützung, sondern auch die aus ethischen Gründen gerade auch von Arbeitersseite geforderte Arbeit zu verschaffen, vereitelt werden.

Die mit der Garantierung des Mindestlohns bezweckte Folge, daß es auch dem in Schotterarbeiten — denn diese Arbeit wird im Accord vorgenommen — Ungeübten ermöglicht werden soll, einen angemessenen Lohn zu verdienen, führt der Stadtrat mit einer der Akkordentlohnung zugrunde zu legenden gleichenden Lohnsala zu erreichen. Diese gleichende Lohnsala verbindet die beiden Vorschläge, daß einerseits auch der weniger geübte Arbeiter, wenn er nur fleißig ist, einen täglichen Lohn von Mark 3,10 verdient und daß andererseits der geübtere und gewandtere Arbeiter für seine Mehrarbeit auch einen entsprechend höheren Lohn erhält. Der gänzlich ungeübte Arbeiter wird anzänglich noch dieser Lohnsala etwas niedriger entlohnt, doch kann auch er mit Stetigkeit in der ständigen Arbeitszeit Mark 2,70 verdienen. Bei dieser Zeit vom Stadtrat angenommenen Lohnsala ist die Erfahrungstatsache zugrunde gelegt, daß bei ständiger Arbeitszeit ein fleißiger, weniger geübter Arbeiter eine Leistung von 0,8 Cbm. erzielen kann. Für diese Arbeit soll ein Lohn von Mark 3,10 bezahlt werden. Bei geringerer Leistung von 0,5 Cbm. soll der Lohn nicht im Verhältnis hierzu gekürzt werden. Es soll vielmehr aus Billigkeitsgründen für je 0,1 Cbm. Mindestleistung statt M. 0,20 nur M. 0,10 in Abzug gebracht werden, dafür allerdings bei einer Mehrleistung für je 0,1 Cbm. mehr nur Mark 0,10 mehr vergütet werden. Eine Leistung von 0,4 Cbm. in 8 Stunden, welche von einem fleißigen, wenn auch noch so ungewandten Arbeiter unbedingt erreicht werden kann, soll mit M. 2,70 entlohnt werden.

Wird Schotter aus Decksteinen von Porphyre geschlagen, so kann die Leistung entsprechend der geringeren Härte des Materials ohne Verbrauchszugang in derselben Zeit gesteigert werden. Nach dem vom Tiefbauamt beim Porphyrwerk eingesetzten Erfahrungsberichte beträgt die Leistung eines geübten Schlagers in 8 Stunden 1,5 Cbm. Nimmt man als Normalleistung für den fleißigen Arbeitslosen 1,2 Cbm. in 8 Stunden an, so ergibt sich in angemessener Anwendung der obigen Ueberlegungen eine Festsetzung der Löhne, bei der die Leistungen in Porphyr zu denselben in Blastersteinen sich wie 8 zu 2 verhalten. Was den Tagelohn betrifft, so hat sich der Stadtrat mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse u. darauf, daß auch der ortsübliche Tagelohn soviel beträgt, mit einer Erhöhung auf M. 3,10 einverstanden erklärt. Dagegen hat der Stadtrat dem Antrag auf Bezahung des jeweils bestehenden Tagelohns nicht zustimmen vermocht, weil er auf dessen Festsetzung keinen Einfluß hat. Die neue Entlohnung soll vom 31. Januar ab in Kraft treten.

Ueber die Arbeitszeit der Arbeitslosen hat der Stadtrat auf Vorschlag des Tiefbauamts folgende Grundzüge aufgestellt, die im wesentlichen den bestehenden Zustand darstellen: 1. Die Arbeitszeit der Akkordarbeiter dauert von morgens 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit, mindestens aber 8 Stunden. 2. Die Arbeitszeit der Tagelohnarbeiter entspricht derjenigen der ständigen Arbeiter. 3. Nach der Arbeit infolge bestiger Kälte, Schneefall oder starker Kälte zeitweise unterbrochen werden, so hat die Unterbrechung einseitig und auf vorherige Anordnung der Aufsichtsbewachen zu erfolgen; ein willkürliches vorübergehendes Niederlegen der Arbeit zieht sofortige Entlassung nach sich. 4. Ein Arbeiter kann sofort entlassen werden, wenn er unentschuldig ausbleibt oder wiederholt zu spät kommt oder sich den Anordnungen der Aufsicht nicht fügt oder sonst die Ruhe und Ordnung an der Arbeitsstelle stört. Die Angelegenheit steht

als einziger Gegenstand auf der Tagesordnung der kommenden Montag stattfindenden Bürgerausschußsitzung.

Die Königin von Schweden, welche sich bei ihrer Mutter in Karlsruhe aufhält, darf das Zimmer noch nicht verlassen.

Gedächtnismünzen. Die zum Gedächtnis Großherzog Friedrich I. geprägten 2 und 5 Mark-Stücke tragen auf der Reverso die Bezeichnung des Geburts- und Sterbedatums und zwar links geb. 1820, rechts gest. 1907.

Personalien. Schupmann Mathias Litzel hier wurde eklamäßig angeheilt.

Auf seiner ersten Abreise befindet sich zur Zeit der neue Personendampfer „Graf Moritz Rudi“. Der Dampfer ist Eigentum der Köln-Düsseldorfer Schiffahrtsgesellschaft und besitzt ein Dampfsteuer.

Der erste Entwurf zum Sommerfahrplan der Badischen Bahnen liegt auf der Handelskammer, dem Verkehrsverein, Kaufhaus Bogen 57 und auf der Handwerkskammer zur Einsichtnahme der Interessenten auf.

Städtliche Schweineaufzucht. Die uns unser Karlsruher Bureau schreibt, hat nach einem Bericht der Direktion des Karlsruher städtischen Schlachthofes und Viehhofes die im vorigen Jahre auf Rechnung der Stadt vorgenommene Wäzung von 200 Schweinen im städtischen Viehhof einen Reingewinn von 334 M. 11 Pf. ergeben. Dieser im Verhältnis zu dem Ergebnis des Vorjahres niedrige Ueberfluß ist auf die hohen Einkaufspreise für Karlsruher Schweine zu Anfang des Jahres 1907 zurückzuführen. Gleichwohl soll der Versuch der Wäzung von Schweinen im städtischen Viehhof fortgesetzt werden.

Die Eingemeindungsverhandlungen mit Sodenheim werden allem Anscheine nach eifrigt betrieben. Am Dienstag wolle, wie wir erfahren, Herr Oberbürgermeister Dr. Bed zum zweiten Male in Sodenheim und verhandelte über die Eingemeindungsbedingungen in längerer Sitzung mit dem Gemeindevorstand. In Rheinau scheint für die Eingemeindung eine günstige Stimmung zu herrschen, während in Sodenheim die Ansichten geteilt sein dürften. Die Entscheidung in dieser für beide Teile so wichtigen Sache wird voraussichtlich schon in einigen Wochen fallen, da die Gesetzesvorlage betreffend Vereinigung der Gemeindeglieder Sodenheims mit der Stadt Mannheim noch den derzeitigen Landtag beschließen soll. Die umlagepflichtigen Steuerkapitalien Sodenheims sollen enorm (ca. 50 Mill.) geringe sein und die Höhe von über 80 Millionen erreicht haben, wodurch die Umlage in Sodenheim auf 17 bis 18 Pfg. erhöht werden könnte.

Zur Parade spielt morgen die Grenadierkapelle: 1. Overtüre zu „Janna“ von Herold, 2. „Boccaccio-Balzer“ von Strauß, 3. „Scherzoper“ aus den „Meisterlirgen“, 4. „Hilfender Heil“, Zelter-Operette aus dem „Hilfender Heil“.

Rein Frauenbildung — Frauenstudium. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, im „Wildehof“ statt. Herr Dr. Heinrich Peters wird über die Reinerinnenfrage sprechen. Frau Scheinmetz Fellner aus Heidelberg, die Schöpfung des dortigen Reinerinnenheims, hat ihre Erfahrungen geäußert, so daß eine angeregte Diskussion in Aussicht steht.

Panorama am Friedrichsring. In dreiwöchentlich erweiterter Arbeit unter Leitung des bekannten Karlsruher Kunstmalers G. Reischer wurde der plastische Ausbau des neu aufgestellten Rundpanoramas „Die Sendlinger Bauernschlacht, Christi 1705“ nunmehr beendet. Die Ueberlieferung des Panoramas erfolgt am heutigen Sonntag, nachdem am gestrigen Freitag eine Besichtigung des interessanten Kunstwerkes durch die Spitzen der Behörden und eingeladenen Gäste vorgenommen war. Das Reliefgemälde, das mit dem plastischen Ausbau eine Fläche von 1500 Quadratmetern umspannt, was bisher nur in München aufgestellt ist, ist nach in seinem anderen Panorama zu sehen. Es steht außer Zweifel, daß das Mannheimer Panorama, welches aus schon mit einer großen Zahl interessanter Sehenswürdigkeiten aus dem 70er Krieg bekannt machte, auch im laufenden Jahre das Ziel für viele Tausende der näheren und weiteren Umgegend bilden dürfte.

Die Kindervorstellung, die am Samstag nachmittags stattfand und bereits ausverkauft ist, soll am Sonntag nachmittags um 4 Uhr wiederholt werden, um all denen, die durch häusliche Pflichten verhindert waren, die Möglichkeit zu geben, sich an den Vorbildungen der Reiner großen Scher zu ergötzen. Es ist eine feierliche Gelegenheit für Alt und Jung, sich an der Hofe der Wägenwelt zu erheben und wir wollen nicht veräumen, unsere Leser an dieser Stelle besonders darauf hinzuweisen. Verkauf der Plätze in der Hofmüllerslandlung Hede.

Spillo — Seilbahn. Morgen Sonntag finden in beiden Stadtkontoren wieder je zwei Vorstellungen statt und zwar nachmittags 4 Uhr zu haben und abends zu gewöhnlichen Preisen. In der Karlsruher Seilbahn bei dem Oberbayerischen Bauerntheater in Spillo wird „Sündige Pias“ und abends 8 Uhr das Sentimental-Schauspiel „Aus der Zeit der Krieger“ mit Feil Greiner in der Titelrolle gegeben. Heute Sonntag fällt die Vorstellung wegen Vereinsfestlichkeit aus.

Unter Mannheimer am Kaiser-Panorama — ein ungewohnter Anlauf, der von keinem Mannheimer überhört werden sollte. Man möchte fast sagen, daß es eine aus Lokalpatriotismus hervorgerufene delude Fiktion ist, um auch mal die bekannten „Mannheimer“ Bilder heranzuziehen um Auge vorzulegen zu lassen und den Eindruck der bösschen, aus dem Mannheimer-Maler herorgegangenen Sammlung aufzunehmen, die im In- und Ausland in Hinkunft verstanden soll, daß „unter Mannheimer“ denn doch mehr bietet, als vielfach angenommen wird. Der Rundgang führt vom Bahnhof durch den Hofring nach dem Friedrichsring, der allerdings nach in seiner alten Gestalt sich zeigt (eine Ausweitung der Wägen, wie auch die Aufnahme der Kunstwerke will der Verkehrsverein, welcher die Aufnahme der Mannheimer Serie in die Zirkel des Kaiserpanoramas (B 1, 7a) veranlaßt hat, in diesem Frühjahr vornehmen) und durch die Gasse des Hofringens. An der Friedrichsstraße und dem Ringendenmal vorbei führt der Weg durch die Rheinstraße und die Pfaffen. Nach Beschäftigung des Groß-Schiffes, namentlich des schönen Alter-, Theon- und Bibliotheksaales, erheben wir uns an dem Festungsgang des Friedrichsringens, während es demnach noch winterlich, und schon am Hoftheater vorbei zum Hauptbahnhof. Nach einem kleinen Wiederholungs „Mannheimer Ballspiel“ begeben wir ein Dampfboot und lassen uns durch die Hofanlagen führen, deren Einsichten wir einer eingehenden Besichtigung unterziehen. Die Serie ist dorläufig nur vom morgigen Sonntag auf drei Tage ausgestellt.

Chorführer-Maskeball 1908. Am Samstag vor Fastnacht, den 28. Februar, findet der seit einer Reihe von Jahren bekannte und beliebte Chorführer-Verbands-Maskeball zum besten der Pensionärin des „Allgemeinen deutschen Chorführerverbandes“ in den Apollo-Sälen statt. Wenn die städtischen Maskenbälle im Rivalenpaß durch ihre Großartigkeit und Ausstattung imponieren, so ist es der feinstimmige gemächliche Charakter, welcher dem Chorführer-Ball immer wieder sein Publikum zuführt. Deshalb bewegt sich auch das Arrangement des diesjährigen Balles in dem bewährten und beliebten Rahmen der Varietés. Tänze sind auf einem Balle die Hauptache; es ist deshalb wieder für gute Ballmusik (zwei Orchester) reumitierter Tonzordner usw. gesorgt. Daneben gemächliche Tanzereien in den Logen, Ballettdarbietungen, ausgeführt von

Ballettdamen des Hoftheaters, drei Maskenpreise und Tambolo. Wer je einen Chorführerball mitgemacht hat, der wird auch gewiß in diesem Jahre nicht fehlen, denn amüsiert hat sich noch jeder, der da war. Wenn der Ball als solcher vorzugsweise der Jugend gehört, so dient der Zweck des Balles der Altersversorgung. Es ist in letzter Zeit viel in der Presse über die traurige wirtschaftliche Lage der Chorführer an den Saison-Stadttheatern mit nicht ganzjähriger Spielzeit geschrieben worden. Das traurigste Kapitel dieser Schilderungen ist der gänzliche Mangel an Altersversorgung. Der Allgemeine deutsche Chorführerverband sucht durch seine Pensionsanstalt hier nach Kräften zu helfen, aber letztere ist durch das Bedürfnis und Verlangen nach Jugend an allen Theatern, so sehr mit älteren Chormitgliedern als Pensionären belastet, daß sie nur durch finanzielle Aufzählungen, wie dieser Ball, oder ähnlichen Veranstaltungen, lebensfähig erhalten werden kann. Jeder Ballbesucher unterstützt dies Humanitätswerk! Ueber das Ball-Arrangement berichtet das Injetat.

Einlieferung zur Strafverbüßung. Der 30 Jahre alte Reisende Lorenz Wagner aus Dammstadt, welcher am 27. Mai 1907, einem Transporteur, der ihn nach seiner Aburteilung hierselbst zu 4 Jahren Gefängnis zu einer Verhandlung gegen ihn nach Karlsruhe bringen sollte, entfloß und bedrohen in Karlsruhe am Montag zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde, traf unter sicherer Bedeckung gestern zur Verbüßung seiner Strafe hier ein.

Schiffsunfälle. Der Schleppkahn „Jonken“, welcher mit etwa 12 000 Zentnern Kohlen und Röhren beladen war und sich im Anhang des Schleppdampfers „Stadthaus u. Badloch“ befand, fuhr gestern infolge des niedrigen Wasserstandes oberhalb der Brücke fest und erlitt Ledage im Vorderkäst. Der Kahn wurde oberhalb Mühlheim von dem Schleppdampfer wieder freigezogen. — Der bei Mühlheim gesunkene Schleppkahn „Catharina“ hat nach Dichtung des Leckes und Leichterung von 3200 Zentner seine Fahrt im Anhang des Schleppdampfers „G. Mühl“ wieder fortgesetzt.

Wetter am 7. und 10. Febr. Bei vorhergehend westlichen Winden und mäßig kalter Temperatur ist für Sonntag und Montag vorwiegend heillos und auch zu vereinzelten Schnee- oder Regenfällen geneigtes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Aus dem Grossherzogtum.

Heidesheim, 7. Febr. Am nächsten Sonntag begeht Herr Bürgermeister J. Lehmann von hier sein 25jähriges Dienstjubiläum. Es waren von der Gemeinde und den Vereinen, welchen der Jubilar angehört, feierliche Veranstaltungen geplant. Da der Jubilar 3. Lebens ist, wünscht er, daß von einer öffentlichen Feier abgesehen werden möge. Die Gemeinde dankt dem Herrn Bürgermeister gewiß einstimmig für seine treue Mithewaltung während seiner so langen Dienstzeit und schließt wünscht man ihm vollständige Genesung, damit er noch recht lange das verantwortungsvolle Amt verwalten kann. Gewünscht wurde Herr Lehmann leptomals vor 3 Jahren und zwar fast einstimmig, was das Vertrauen, das man auf ihn setzt, zur Genüge beweist.

Weinheim, 7. Febr. Die vor einigen Tagen von Karlsruhe aus in die Blätter gelangte Mitteilung, daß sich ein von hier stammender Soldat des Artillerie-Regiments No. 14 erschossen habe, ist nicht ganz zutreffend. Es handelt sich nur um einen Selbstmordversuch. Der Soldat befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung. Ueber die Beweggründe haben wir den unterrichteter Seite erfahren, daß jene auf einer heftigen Gemütsbewegung beruhen, die den Bedauernswerten infolge einer Hineinziehung in eine strafrechtliche Untersuchung befallen hatte, in der er sich unschuldig fühlte, und in welcher der wirkliche Täter bereits ermittelt ist. Dem jungen Mann, der als Freiwilliger eingetreten ist, wird seitens seines Vaters die Besorgung eines ordentlichen, tüchtigen Soldaten erteilt; er ist ein braver Sohn seiner hier wohnenden, hochachtbaren Eltern.

Wiesloch, 7. Febr. Unter dem Verdachte der Brandstiftung worden J. B. Herr und Frau Pabst und der erwachsene Sohn in Haft genommen worden. Nunmehr nach langwieriger Untersuchung sind die Genannten auf freien Fuß gesetzt worden. Herr Jakob Pabst befindet sich in der Universitäts-Zrenklinik in Heidelberg.

Karlsruhe, 7. Febr. Aus unserem Karlsruher Bureau. Der Stadtrat hatte als Ausdruck seiner Freude über die Hietzernverlegung des Telegraphenbataillons Nr. 4 dem Kommando den Betrag von 500 Mark zur Verwenbung für einen Willkommensfest für die Mannschaften zur Verfügung gestellt. Der Kommandant hat in einem freundlichen Schreiben dankt, in dem besonders hervorgehoben wird, daß sich die Angehörigen des Bataillons des Vorgesetzten, die schöne Stadt Karlsruhe als Gastfreunde erhalten zu haben, voll bewußt seien und daß sie sich bei der freundlichen Aufnahme, die sie überall gefunden haben, hier außerordentlich wohl fühlen. — Von den im städtischen Dienst stehenden Arbeitern erhielten am 1. Januar d. J. 450 die im § 7 des Arbeiterstatuts vorgesehenen Jahresbelohnungen am Gesamtbetrag von 49 076,24 M. Der Aufwand für Jahresbelohnungen betrug sich von 23 300 M. im Jahre 1906, in welchem sie zum ersten Male bewilligt wurden, alljährlich um etwa 10—12 Prozent. Von den auf 1. Januar d. J. mit Jahresbelohnungen bedachten Arbeitern werden 42 (1907: 26) zugleich als „kündige“ Arbeiter gemäß § 22 des Arbeiterstatuts mit Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung angestellt.

Nach, 3. Febr. In der Nacht vom Freitag zum Samstag brannte hier das Gasthaus zum „Adler“ vollständig nieder. Mit Ausnahme des Viehstandes ist sämtliches Inventar verbrannt. Der Schaden beträgt an Gebäulichkeiten und Habseligkeiten 30—32 000 Mark, welcher durch Versicherung gedeckt ist. Etwa 400 Alter feinsten gebrauchten Wessers wurden ebenfalls ein Opfer der Flammen. Brandstiftung erscheint nicht ausgeschlossen.

Wintersport.

Wetterbericht vom Kurhaus Bärenhof, 35 cm Schnee. Temperatur — 3 Grad, heftig. Nebel, und Schloß ausgezeichnet. Schiffsverkehr abgelaufen bis Station Oberthal.

Wetterbericht und Schneepart im Harz. Der Harzer Verkehrsverband meldet durch sein Bureau in Bad Salzungen, Vorpennsitz 6, folgendes: Der Schneefall hat nachgelassen, aus dem Oberharz wird Frost gemeldet. Witterungsumschlag nicht ausgeschlossen. Gute Schlitten, Nebel, und Schloß wird gemeldet von Altenau (Winterfest vom 7. bis 10. d. Mts.), Ballenfest, Bad Salzungen, Bismarckstein, Braunlage, Goslar, Hahnenklee-Gebirge, Harz, Hahnenklee, Oberthal-Rosenthal, Osterode-Harz, Schierke, Halle, Wabern, Bernburger.

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

97. Sitzung, Freitag, 7. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg, Zwickel, v. Schoen, Kühn.

Präsident Graf Stolberg

eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit einem Ausruf auf den Herzog von Sachsen-Altenburg: Mit ihm ist einer der letzten regierenden deutschen Fürsten, welche an dem glorreichen Krieg 1870/71 und an der Wiederaufrichtung des Reiches teilgenommen haben, dahingegangen. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um Ihre Teilnahme auszudrücken. Ich konstatiere das. (Auch die Sozialdemokraten, die in größter Zahl auf ihren Plätzen sind, haben sich erhoben.)

Judenkonvention und Judensteuer.

Stellte Antrag der drei auf die Judenkonvention bezüglichen Abkommen.

Abg. Rimpau (nall.):

erzählt den Kommissionsbericht. Der Verlauf der Angelegenheit in der Kommission ist ja bekannt. Die Kommission hat den Antrag Scherwin-Erdwig auf Herabsetzung der Judensteuer von 14 auf 10 Mark in unmittelbarer Verbindung mit dem von der Regierung vorgelegten Abkommen gebracht und beantragt die Zustimmung zu dem Abkommen mit der Maßgabe zu erteilen, daß die Ratifikation des Vertrages nicht früher erfolgt, als bis die Abänderung des Judensteuergesetzes mit der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren gefunden hat. Daneben hat die Kommission den Antrag Scherwin in Form eines Gesetzentwurfes angenommen, dessen Artikel 1 besagt: Die Judensteuer wird spätestens vom 1. Oktober 1909 ab von 14 auf 10 Mark von 100 kg Reingewicht herabgesetzt. Artikel 2: Sollte vor dem 1. Oktober 1909 eine Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reiches erfolgen, welche eine Deduktion des etwaigen Rückfalls an Judensteuer übersteigt, so soll die im Artikel 1 gebuchte Herabsetzung der Judensteuer auf Anordnung des Bundesrats gleichzeitig mit dieser Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reiches stattfinden. Artikel 3: Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der Ratifikation des in Brüssel am 28. August 1907 zwischen dem Reich und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Vertrages in Kraft.

Auf Antrag Wasserhagen (nall.) wird die Abstimmung über Artikel 1 namentlich sein.

Neben dem Kommissionsbericht lag der Antrag der Freisinnigen vor, der die Voraussetzung der Deduktion des etwaigen Rückfalls an Einnahmen einfügt. Dr. Biemer (freif. Sp.) geht mit Rücksicht auf die weiteren Verhandlungen diesen Antrag durch.

Die Mittelparteien haben inwieweit folgenden Antrag eingebracht: Die Judensteuer wird vom 1. April 1909 an auf 10 M. pro 100 kg Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit ihrem Inkrafttreten. Hingefügt wird dann, daß dieses Gesetz gleichzeitig mit den zur Verhandlung stehenden Abkommen in Kraft tritt.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg:

Meine Herren! Die Kommission, welcher die drei auf den Erhöhten Judenvertrag bezüglichen Abkommen sowie die dazu gestellten Anträge zur Beratung überwiesen waren, hat Ihnen einen Gesetzentwurf zur Annahme empfohlen, in dem die Judensteuer vom 1. Oktober 1909 ab auf zehn Mark für den Doppelzentner ermäßigt wird. Sie hat ferner befürwortet, die Zustimmung zu den Vereinbarungen mit der Maßgabe zu erteilen, daß sie nicht früher erfolgen soll, bis die Herabsetzung der Steuer die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren gefunden hat. Diese Vor schläge Ihrer Kommission vermögen die verbündeten Regierungen nicht als unannehmbar zu bezeichnen, sowohl mit Rücksicht auf das innere Verwaltungsrecht, und weil es auch in hohem Maße bedenklich erscheint in Ansehung unserer Beziehung zu auswärtigen Mächten, die Zustimmung zu einem internationalen Abkommen an die Bedingungen einer Maßnahme auf dem Gebiete der inneren Steuererhebung geknüpft zu sehen. Das Bedenken beruht sich noch dadurch, daß diese Maßnahme in einem vorbehaltlichen Bezüge auf eine spätere Einnahme des Reiches bestehen würde.

Namens der verbündeten Regierungen habe ich daher zu erklären, daß sie einem Beschlusse des Reichstags, wie er von der Kommission vorgebracht wird, die Zustimmung würde versagen müssen. Ich darf aber hinzufügen, daß die verbündeten Regierungen von der Befugnis, welche sie in der Sitzung vom 24. Januar d. J. abgegeben haben, in keiner Weise zurückzutreten beabsichtigen, daß sie vielmehr für den Fall des Zustandekommens der Vereinbarungen nach wie vor bereit sind, die gewünschte Herabsetzung der Judensteuer zuzugestehen, sobald sie von einer ordnungsmäßigen Deduktion der zu erwartenden Einnahmeausfälle abhängig gemacht wird. Der W. Änderungsantrag, der zu dem Kommissionsbeschlusse gemacht ist, steht sich in seinem wesentlichen Inhalt und Zweck mit dem von der Regierung abgegebenen Erklärung. Ich nehme daher keinen Anstand, festzustellen, daß die Regierung dem Vermittlungsantrag, falls er zur Annahme gelangt, auch ihrerseits zustimmen kann. (Schloffer Weifall.)

Abg. Graf v. Scherwin-Erdwig (konf.):

Ich kann mich auf eine kurze Erklärung namens aller meiner patriotischen Freunde in bezug auf den und jetzt vorliegenden Änderungsantrag beschränken. Wir halten nach wie vor daran fest, daß die Beschlüsse der Kommission das Richtige treffen. Nachdem aber sowohl in der Kommission als auch hier im Plenum von dem Vertreter des Reichstages die bestimmte Erklärung abgegeben worden ist, daß die Beschlüsse der Kommission die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden würden, und da wir ja doch nun einmal den Bundesrat als gleichberechtigten gesetzgebenden Faktor mit dem Reichstag haben (Heiterkeit), und da die Konservativen nicht hier eine aus schließlich Demonstration treiben oder unzulässiger Weise den verbündeten Regierungen die Ratifikation eines abgeschlossenen internationalen Vertrages nicht erschweren wollen, sondern lediglich wünschen, so schnell als irgend möglich dem Lande ein großer Nutzen der Herabsetzung der Judensteuer zu verschaffen,

so sind wir bereit, einmütig für den jetzt vorliegenden Änderungsantrag zu stimmen. (Weifall.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.):

Der Inhalt des Antrages ist mir noch immer unsere Zustimmung. Anders sieht es dagegen mit dem Kompromißantrag. Schon 1902 haben wir als den Kardinalpunkt die Herabsetzung der Judensteuer von 14 auf 10 Mark hingestellt, und die Regierung war damals der gleichen Ansicht. Unsere Stellungnahme in der Kommission rechtfertigte sich dadurch, daß wir noch erwarten konnten, die Finanzreform würde noch in dieser Session an den Reichstag herangetragen, sodas ein etwaiger Rückfall an Judensteuer durch andere Steuern gedeckt werden könnte. (Sehr richtig im Zentrum.) Nachdem jetzt die Aussicht darauf geschwunden ist, können wir nicht mehr dafür stimmen. Dr. Spahn äußert, im einzelnen unverständlich, unter dem Vorbehalt seiner Freunde und der Sozialdemokraten, verfassungsmäßige Bedenken.

Abg. Dr. Baasche (nallib.):

gibt folgende Erklärung ab: Wir haben in der Kommission für den Antrag Scherwin einmütig gestimmt, ebenso wie das Zentrum. Wir haben uns nach den Erklärungen, die der Staatssekretär im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben hat, überzeugt, daß es hohe, einen unnötigen Konflikt zwischen Regierung und Parlament herbeizuführen, wenn wir auf dem Beschlusse bestehen blieben. Wir sind also bereit, dem Kompromißantrag zuzustimmen. Nachdem die verbündeten Regierungen heute in aller Form erklärt haben, daß auch sie zustimmen, können wir es ohne weiteres tun.

Abg. Dr. Biemer (freif. Sp.):

Die Verhandlungen haben ein insofern interessantes wechselvolles Bild gezeigt. Das lag daran, daß die Lösung der Frage von vornherein auf einem nicht gangbaren Wege versucht worden ist. In dieser Beziehung wurde ich vom Grafen Scherwin ab, auch ich will aber auf die einzelnen Stadien der Verhandlung nicht weiter eingehen, sondern nur meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß mit dem weiteren Verlauf der Beratung immer entschiedener die Auffassung zur Geltung gekommen ist, die wir von Anfang an vertreten haben, daß vor allem das Zustandekommen der Zusatzabgabe und die Fortführung der Konventionenpolitik gesichert sein muß. Die Rücksicht zu den Juden, die vor der Konvention geberstet haben mit den Bräunlingen, wäre überaus zu bedauern, und die Fortführung der Konventionenpolitik liegt ebenso im Interesse der Industrie wie der Verbraucher. Im Hinblick auf die im Verlaufe der Beratung ausgesprochene Behauptung, daß die Judenindustrie die Konvention nicht wünsche, und daß solche Stimmen insbesondere aus Magdeburg, dem Hauptplatze der Industrie, laut geworden sind, verweise ich mit Befriedigung auf das Telegramm der Handelskammer Magdeburg an den Reichstagspräsidenten, die sehr entsetzlichen für die Konvention eintritt und die unheilvollsten Folgen von ihrem Scheitern für die Industrie befürchtet. Wir haben unseren Antrag aus der Kommission zurückziehen können, nachdem die weiteren Verhandlungen dahin geführt haben, daß der Grundgedanke des Kompromisses in gesetzlicher Form gefestigt ist. Als verantwortlicher Träger der Reichsfinanzen sind wir zu einer solchen Haltung verpflichtet. Herr Spahn hat die Bedeutung des Antrages doch unterschätzt. Es liegt in ihm zum mindesten ein sehr wirksames Compensationsmittel der Regierungszugabe. Wir stimmen mit Befriedigung für den Kompromißantrag.

Abg. Dr. Scheffers (Soz.):

Wir können vom Kompromißantrag nur den ersten Teil annehmen. Alles übrige ist uns unannehmbar.

Abg. Schweichardt (lib. Sp.):

betont die Bedeutung der Konventionenpolitik.

Abg. Segel (nallib. Sp.):

Viel lieber hätten wir für den Kompromißantrag gestimmt, aber nun stimmen wir für das Kompromiß. Wir legen eben den Wert darauf, daß die Judensteuer herabgesetzt wird, hoffentlich recht bald.

Abg. v. Gröbner (Soz.):

erklärt die Zustimmung der Polen zum Kompromißantrag. Die Judenindustrie müsse endlich aus ihrer fortwährenden Unruhe herauskommen.

Abg. Graf Scherwin-Erdwig (konf.):

Dr. Spahn nennt eine Ermäßigung des Judenpreises von 2 Pfennig pro Pfund für den Konsumenden belanglos. Diese 2 Pfennig bedeuten 2 Prozent unseres Steuerwerts. Das ist doppelt so viel, als die Erhöhung der Getreibeckel bei der Annahme des Zolltarifs. Mit anderen Worten: diejenigen Herren, die heute gegen den Vermittlungsantrag stimmen, verlieren dem deutschen Judenverbraucher den Juden um annähernd so viel, wie die hohen Agrarier durch Annahme des Zolltarifs den Getreideprek. (Lärm im Ztr.)

Die Aussprache schließt. Zunächst wird über die Abkommen abgestimmt. Sie werden einstimmig angenommen.

Abg. Singer (Soz.):

beantragt nun, aus dem Kompromißantrag den ganzen zweiten Teil von „sofern bis dahin Gesetze zustande kommen“ usw. an zu streichen. In einer Geschäftsordnungsdebatte wird darüber gestritten, ob diese Teilung eines Antrages zulässig ist.

Abg. Bassermann (nll):

ersucht Singer, doch einfach die Wiederherstellung der Kommissionsfassung zu beantragen, was auf das selbe hinauskomme.

Abg. Singer (Soz.):

bleibt bei seiner Forderung. Die Mehrheit erklärt sie für zulässig. In einfacher Abstimmung wird dieser sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Darauf wird der Kompromißantrag in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 112 Stimmen angenommen. Die Mehrheit besteht aus dem Block und den Polen.

Militäretat.

(Fünfter Tag)

Es erfolgt darauf die namentliche Abstimmung über den Aggregiertenfond. Die von den Vertretern des Blocks beantragte Wiederherstellung der Regierungszugabe wird mit 171 gegen 142 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Mit dem Anstich stimmt etwa die Hälfte der freisinnigen Vereinigung.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Militäretats stellt

Generalleutnant Sigi v. Armin

unter Bezugnahme auf die überaus günstigsten Erfahrungen mit der Militäretatskommission in Paderborn eine solche für Soldaten in Aussicht.

Abg. Lefer (Ztr.):

spricht über die Verlehrsarbeiten bei den Schließungen in Württemberg.

Abg. Wegel (nall.):

schließt sich dem an. Eine Verständigung zwischen militärischen und bürgerlichen Behörden ist doch in Württemberg sehr leicht bei dem guten Einvernehmen und gemüthlichen Ton, der dort herrscht.

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Die Straßen gehören dem Verkehr, sagt der Reichstagspräsident. Aber hier wird wochenlang eine Straße gesperrt. Noch dieser Lage hat in der Nähe von Ludwigsburg ein solches Schicksal im Grunde mitgehört, obwohl doch der Reichstag mit großer Mehrheit einen Schließplan für Württemberg bewilligt hat, um diese Verkehrsstörungen zu verhüten.

Württembergischer Oberst v. Dorste

gibt die schwere Belastung durch die Sperrung der Straße an, gibt aber die Schuld den Gemeinden, die ihre Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht hätten.

Abg. Hausmann (D. Vp.):

Wenn sich die Zivilbehörden nicht genügend gerührt haben, so wird es unsere Aufgabe sein, sie daran zu erinnern. Die Militärbehörden reichen offenbar nicht aus. Hausmann lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Petition der badisch-hohenzollerischen Gemeinden, die einen Schließplan in der Nähe von Lecklingen wünschen.

Abg. Küster (wirtsch. Soz.):

befürwortet die Herstellung von Feldweiden.

Generalmajor v. Lothow

führt dagegen Ersparnisgründe an.

Abg. Stücken (Soz.):

erhebt, wie in der Kommission, lebhafteste und eingehende Beschwerde über das Verfahren bei der Vergabe von Arbeiten, fordert Zulassung der Arbeiterorganisationen und greift besonders den Vorstand der Schneiderwerkstätte in Altona-Bahrenfeld an wegen seines gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens. Stücken bezeichnet die dortige Arbeitsordnung als eine Gefängnisordnung.

Generalmajor v. Lothow

beruht auf die Anerkennung des Betriebes durch das sozialdemokratische Hamburger Blatt, das ihn als in technischer Beziehung vorbildlich hingestellt hat. Es ist nicht möglich, alle Lieferanten auf ihre Löhne hin zu kontrollieren. Die Offiziere müssen eine strenge Kontrolle über die Arbeiten ausüben, weil die Arbeit viel mehr ausschalten muß als gewöhnliche Schneiderarbeit, denn sie ist für den Krieg bestimmt.

Abg. Wöring (Ztr.):

bittet um Berücksichtigung des Handwerks bei den Vergaben der Bekleidungsämter.

Abg. v. Gersdorff (konf.):

tritt für keine Garnitionen ein und wünscht sie insbesondere für seinen Wahlkreis Meining-Donitz. Er bittet weiter die Militärverwaltung, die Schützengräben durch ihre eigenen Leute besetzen zu lassen.

Abg. Rupp (konf.):

ersucht um Befreiung bei der Beschäftigung der Blutzüchter.

Generalmajor v. Lothow

gibt den Landwirten anheim, die Schützengräben durch Arbeiter zu besetzen zu lassen. Es wird ihnen Erfolg geleistet werden.

Abg. v. Gersdorff (konf.):

In der Zeit der Arbeitern? Wo nehmen und nicht stehlen!

Abg. Reimer (nll):

tritt für Befreiung der Korpshauptkochen ein.

Abg. Sumner (freif. Sp.):

fordert für die Korpshauptkochen den Rang der Mäte vierter Klasse und für die Stabsapotheker die Abzeichen der höheren Beamten.

Generalleutnant v. Armin

stellt eine Renzregelung in Aussicht.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (D.):

befürwortet eine Erhöhung der Remontepreise und Freiberlegung der Remontemärkte.

Abg. Wachsorf de Wente (nll):

verlangt für Hannover einige neue Wärfte.

Abg. Dr. Varenhark (Sp.):

weist auch auf die Bedeutung der hannoverschen Weidewirtschaft hin. Das aus Hannover ein guter Stamm von Kavalleristen kommt, sehen wir ja auch an unserm Kriegsminister. Wir sind stolz auf das springende Pferd in unserm Wappen.

Abg. Wöde (Soz.):

führt Beschwerde, daß in Straßburg Krümpferwerkste Privatdienste verrichten.

Abg. Dr. Gahn (D. V. 2.):

spricht über die Remontepreise im allgemeinen und in Hannover im besonderen.

Generalleutnant Sigi v. Armin:

Die Remontepreise sind in diesem Jahre auf 80 M. festgesetzt, im nächsten Jahre werden sie noch erhöht werden. Wenn Dienstvorschriften überschritten werden, soll man sich nur beschweren. Noch im vorigen Jahr hat der Kriegsminister an sämtliche Armeekommandos die strikte Anordnung ergaben lassen, daß keine Krümpferwerkste im Privatdienst verwendet werden.

Abg. Gahn (fri. Sp.):

fordert unter allseitigem Beifall des Hauses eine Förderung der körperlichen Ausbildung der Jugend durch Bewegungsspiele im Freien. Die Militärverwaltung solle Übungsplätze dazu hergeben. Mit Weltkämpfen, wo die große Masse nur als Zuschauer oder Wetter dabei stünde, sei dem Volke nicht gedient. Die Durchmittelleistung der Gesamtheit sei entscheidend. Im Bereich des 3. Armeekorps sei die Tauglichkeit auf 88 Proz. gesunken. Die Wehrfähigkeit des Volkes stehe auf dem Spiel.

Generalleutnant Sigi v. Armin

erklärt die volle Zustimmung des Kriegsministers zu diesen Anregungen. Wir haben bei den Verhandlungen, die gerade in der nächsten Zeit wieder aufgenommen sind, für die Ausbildung unserer Jugend durchaus diesen Standpunkt vertreten. Wir haben ausgeprochen, daß es für die Arme darauf ankomme, eine gesunde körperlich kräftige Jugend zu haben, und daß dafür durch Turnen, Sport und Spiel gefordert werden muß. Wir versprechen uns weniger Erfolg von einer strengen Organisation, die auf Soldaten (Weifall) hinweist.

Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung.

**Gr. Hof- u. National-Theater
Mannheim.**
Samstag, den 8. Februar 1908.
30. Vorstellung im Abonnement D.
Der Erbförster.

Trauerspiel in 5 Akten von Otto Ludwig.
Nun einstudiert von Emil Reiter.

Personen:

Stein, ein reicher Fabrikherr und Güterbesitzer
Robert, sein Sohn
Christian Ulrich, Förster in Döhrwalde gen. der Erbförster
Sophie, seine Frau
Andreas, Fortgeschleif
Wilhelm
Marie
Bilken, Großhändler der Döhrwalde
Der Pastor von Döhrwalde
Waller, Stein's Buchhalter
Näger Gottfried, genannt der Buchhändler
Beiler, Ulrich's Holzhüter
Der Wirt von der Grenzschänke
Fritz
Lindenschmid
Katharine, ein Bauernmädchen
Sankt Godek
Carl Raschob
Julie Ganten.
Georg Köhler.
Alfred Köhler.
Mathilde Brandt.
Emil Sedt.
Karl Neumann-Hobitz.
Gustav Trautschold.
Paul Fietich.
Christian Eckermann.
Jugo Weiss.
Alexander Käfer.
Gustav Kallendörger.
Elise De Venz.

Christian Ulrich, Carl Schreiner vom Kgl. Deutschen Landestheater in Prag als Gast.
Bauern. — Das Stück spielt abwechselnd im Jägerhaus von Döhrwalde und in Stein's Schloss zu Döhrwalde; im dritten Akt in der Grenzschänke und im heimlichen Grunde.

Raffeneröffnung 7 Uhr. Auf. 7 Uhr. Ende n. 9 1/2 Uhr.

Nach dem 2. Akt findet eine größere Pause statt.

Kleine Eintrittspreise.

Im Groh. Hoftheater.

Sonntag, 9. Febr. 1908. Vormittags 11 1/2 Uhr.

IV. Matinee: Wilhelm Busch.

Sonntag, den 9. Februar 1908.

32. Vorstellung im Abonnement B.

Oberon.

Anfang 7 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten.

Sonntag, den 9. Februar 1908.

Uraufführung: Madame Harpagon.

Anfang halb 8 Uhr.

• Apollo •

Heute Samstag
wegen Vereinsfestlichkeit
keine
• Vorstellung •
Morgen Sonntag
2 Vorstellungen 2
des
Oberbayerischen
Bauerntheaters
Direktion: Michl Dengg.

Nach Schluss der Vorstellung im „Apollo-Cabaretsaal“
• Cabaret-High-Life-Abend •
Neues Personal! Neues Programm!
Konferencier: Hermann Röhr.

Saalbau

Heute Samstag
Das sensationelle
Februar-Programm.
Schlager auf Schlager!
Jede Nummer = Attraktion!

Das Wunderkind
Lilly Bosch

Hans Girardet
Jacopi-Truppe
Jharische Spiele
u. die anderen Attraktionen!

vornehmt
Gesang!

Konferencier: Hermann Röhr.

Cabaret Apollo!

Heute Samstag, Anfang 11 Uhr
„High-Life-Abend“

Neues Programm!
Neues Personal!
Neue Künstlerinnen!
Neue Künstler! 77233

Konferencier Hermann Röhr
der Vielseitige

Wally Waranoff • Sidi Korinska
Wolter Gallinger • Hans Girardet
Hertha Elbano

➔ Rendezvous der Artisten!

Friedrichspark

Sonntag, den 9. Februar nachmittags: 3-6 Uhr

Konzert

der Grenadier-Kapelle. 50151
Leitung: Musikdirekt M. Volmer.

Kasino-Saal Mannheim
Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr
Chopin-Abend
von
Carlo Del Grande

Programm:
Variations brillantes op. 12, Sonate h-moll op. 58, Nocturne,
Mazurka, Prälude, Impromptu, Ballade g-moll op. 29,
Polonaise fa-moll op. 44.

Eintrittskarten à Mk. 4.—, Mk. 2.50, Mk. 1.50 in der
Hofmusikalienhandlung K. Ferd. Heckel (10-1 Uhr
und 3-6 Uhr). 77239

Mannheimer
PANOPTIKUM
H 1,1 Breitestr. H 1,1 77254

Im Vorstellungs-Saale noch kurze Zeit:
Experimente der berühmten Gedankenleserin
Madame F. Camberland.
Ferner Vorführung der räthselhaften Illusion:
Das Verschwinden einer Person aus dem Publikum.

Im Welt-Panorama diese Woche:
Cuxhafen, Bremerhafen, Wilhelmshafen.

Chorsängerverbands-Maskenball
zum Besten der Pensionskasse des Allgemeinen
Deutschen Chorsängerverbandes.
Samstag, den 29. Februar, abends 8 Uhr.

Grosser Maskenball

in sämtlichen Räumen des Apollo-Theater.

2 Orchester.

Großes Ballet-Divertissement
ausgeführt von den Ballet-Damen des Groh. Hoftheater.
3 wertvolle Preise für die 8 schönsten resp.
originalsten Damenmasken.

„Tombola“.
Gewinnkarten à 4 Bl.; Damenkarten à 3 Bl.
Betreiberstellen: Musikalienhandlung Th. Sedler, N 2;
Büchereibandlungen bei Herrn Strauß, E 1; Kramer, D 1; Reil,
C 1; Böhm, D 3, sowie im Badener Hof und beim Theater.
77257

Restaurant „Rheinpark“
Lindenhof.
Sams- und Sonntag: 77032

Grosser Gloria-Bockbier-Kongress
aus der Bürgerbrauerei Ludwigshafen, Bayern
Sonntag: Frühschoppen, mittags und abends Konzert.
Neueste Bocklieder.
Hausgemachte Backwürste mit Kraut
Reiche Auswahl in warmen und kalten Speisen.
Um geneigten Zutruch bitten
J. Gerstenmeier, Restaurateur.
(Ansch. Samstag Abend 5 Uhr.)

Hotel und Wein-Restaurant
Leinweber 77031

Austernstube
Alle Spezialitäten der Saison:
Austern, Caviar, Hummer.
Erstklassige Küche
Diner, Souper in jeder Preislage.
Säle für Hochzeiten und Festlichkeiten.
Neuer Leiter: **Carl Hofmann.**

Restaurant Terminus, N 3,12

Heute und folgende Tage Auftreten der
Tegernseer (Neues Programm)
Sonntag 11-1 Uhr Frühschoppenkonzert
Eintritt frei! 77034

Baums
Billigkeits-
Tage!

Sensations-Ereignis für Stiefel-Einkauf!

Mein Versprechen, alles bisher Gebotene zu übertreffen, wird durch
dieses Offert gerechtfertigt:

Ein Posten Herrn- und Damenstiefel , echt Boxcalf u. Boxcalfbin Partie zum Aussuchen, Wert bis 10.50	jedes Paar	3.50
Ein Posten Boxcalf- und Chevreux-Damenstiefel imit. sehr dauerhafte Ware, Wert 7.50	Paar	4.50
Ein Posten echt Chevreux-Damenstiefel , Prima Qualität, in 2 eleganten Formen, Wert 9.—	Paar	5.50
Ein Posten echt Boxcalf-Damenstiefel , sehr solid, moderne Fagon, Wert 9.50	Paar	5.50
Ein Posten braun Chevreux-Damenstiefel Wert 9.50 mit und ohne Lackkappe	Paar	6.50
Ein Posten Herrn-Stiefel , Boxcalf, echt und imitiert Wert bis 8.—	Paar	5.50

Bessere Artikel:

Goodyear-Welt (prima Boxcalf) Herrn-Stiefel (Schuhr und Zug) Wert 14.—	Paar	8.50
Goodyear-Welt (feinst Boxcalf) Herrn-Maken-Stiefel Wert 16.50	Paar	10.50

Kinder-Stiefel:

Ein Posten Boxcalf- und Boxcalfbin- Schnürstiefel	Größe 280 Paar 27-30	Größe 330 81-85
Ein Posten Damen-Leder-Pantoffel , genähte Sohle, Flecku. Pompon Wert bis 3.50	Paar	1.55
Ein Posten Kinder-Stiefel , gewendet mit Fleck bis Größe 22	Paar	1.20
Ein Posten Wichsleder-Damen- und Mädchenstiefel Größe 36-37	Paar	3.20

Nur solange Vorrat 77006

Otto Baum
J 1,1 Schuhhaus I. Ranges Tel. 1779.

Staats-Medaille in Gold 1896

Hildebrands
Deutscher Kakao
Deutsche Schokolade. 77001

Vorrätig in allen mit unseren Plakaten versehenen Geschäften.

Theodor Hildebrand & Sohn, Berlin,
Hoflieferanten Sr. Maj. des Königs.

Achtung! Rote + Lose Nur 1 Mark!

des Bad. Landesvereins. Ziehung am 22. Februar. 77118

3883 Bar Geld- Gewinne ohne Abzug!	Mk. 44.000	Haupt- Gewinn	Mk. 15.000
37 Gewinne	Mk. 12.000	3350 Gewinne	Mk. 17.000

11 Lose Mk. 10.—, Partie u. Liste 30 Pfg.
Nachnahme teuer empf. J. Stürmer
Lottorie-Unternehmer
Strassburg i. E., Langst. 7.

